

**Bezugspreis:**  
Für den Monat November 400.— M.,  
woraus schloßbar. Unter Anrechnung  
für Deutschland, Danzig, Saar- und  
Rheinland sowie Österreich und  
Sudetenland 400.— M., für das übrige  
Europa 450.— M., Postbestellungen  
nehmen an Belgien, Dänemark,  
England, Estland, Finnland, Frank-  
reich, Holland, Litauen, Luxemburg,  
Österreich, Schweden, Schweiz,  
Schlesien, Tschechien und Ungarn.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-  
haltungsbeilage „Licht und Schatten“  
und der Beilage „Siedlung und Kleingarten“  
erscheint wochentäglich zweimal,  
Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen:  
„Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 66, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293  
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonnabend, den 4. November 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 66, Lindenstr. 3  
Vertriebsbüro: Berlin SW 66, Dönhofs-  
straße 8, abgeben werden. Geöffnet  
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

**Anzeigenpreis:**  
Die einseitige Werbeanzeige  
kostet 50.— M. Restbetrag 400.— M.  
„Kleine Anzeigen“ des festgedruckten  
Wort 20.— M. (zwei bis drei  
gedruckte Worte), jedes weitere Wort  
15.— M. Stellenangebote und Schloß-  
stellenanzeigen das erste Wort  
10.— M., jedes weitere Wort 5.— M.  
Worte über 15 Buchstaben zahlen  
für zwei Worte. Familien-Anzeigen  
für Abonnenten Seite 25.— M.  
Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im  
Druckereibüro, Berlin SW 66, Dönhofs-  
straße 8, abgeben werden. Geöffnet  
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

## Die Pläne der Reichsregierung.

Noch kein endgültiger Vorschlag.

Die am Donnerstag abgebrochenen Besprechungen der Reichsregierung mit der Reparationskommission wurden am Freitag in einer kurzen Sitzung fortgesetzt. Reichsfinanzminister Hermes überreichte dem Vorsitzenden der Reparationskommission, Herrn Barthou, die vorläufig fixierten Vorschläge der Reichsregierung, die sich auf die Stabilisierung der Mark und die Behebung der schwebenden Schuld beziehen. Es wurde vereinbart, diesen vorläufigen Plan bald durch endgültige Vorschläge zu ersetzen. Die Delegierten der Reparationskommission werden sich nunmehr zunächst mit der Auffassung der Reichsregierung über die zu unternehmenden Schritte beschäftigen und dann am Montag mit der Reichsregierung weitere Besprechungen führen.

Die Reichsregierung war bis Freitag abend — warum, ist uns unbekannt — nicht in der Lage, der Reparationskommission einen endgültig ausgearbeiteten Vorschlag über Maßnahmen zur Stabilisierung der Mark und Balancierung des Etats vorzulegen. Statt dessen wurde den Vertretern der alliierten Staaten ein vorläufig fixierter Plan übermittelt, der bei der Ausarbeitung des endgültigen Vorschlags als Grundlage dienen soll.

In dem gestern überreichten Plan wird nach den Informationen des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes eindeutig darauf hingewiesen, daß eine Stabilisierung der Mark gleichzeitig mit der Balancierung unseres Etats erfolgen muß und daß ohne Stabilisierungsmaßnahmen eine Balancierung auf die Dauer unmöglich ist. Unter Hinweis auf die deutsche Steuererhebung und die Herausgabe eines Teils des Reichsbankgoldes zu Stabilisierungszwecken begründet die deutsche Regierung dann die Zwecklosigkeit von Stabilisierungsmaßnahmen im Innern ohne äußere Hilfe. Eine große äußere Anleihe wird deshalb als Voraussetzung zu einer Stabilisierung der Mark und Balancierung unseres Etats für unbedingt notwendig erachtet. Vorausgesetzt, daß eine äußere Anleihe zustande kommt, ist die Reichsregierung nicht abgeneigt, auch den Goldbestand der Reichsbank teilweise zu Stützungs-  
zwecken für die Mark zu verwenden.

Weiter verweist der Vorschlag darauf, daß eine äußere Anleihe aber nur dann möglich sein wird, wenn die durch das Londoner Diktat geforderten Verpflichtungen einer Revision unterzogen werden und eine langfristige Stundung sowohl der finanziellen wie materiellen Verpflichtungen eintritt. Die Regierung besteht sich in diesen Feststellungen besonders auf den Beschluß der Pariser Bankierkonferenz, die bekanntlich in Übereinstimmung mit der Londoner City der Auffassung war, daß ohne eine Ermäßigung der deutschen Verpflichtungen und ohne Stundung eine Anleihe unmöglich gemacht werden kann. Eine Stundung der Sachleistungen wünscht die Regierung nur für Materie, die nicht ausschließlich für den Wiederaufbau Nordfrankreichs Verwendung finden. Die Kosten für die Wiederaufbau-Vierjahresplan will sie nach Möglichkeit durch eine innere Anleihe aufbringen.

Vorschläge für Maßnahmen im Innern bietet die Fixierung der Reichsregierung nach unseren bisherigen Informationen sehr wenige. Nicht ein Wort der Vorschläge, die die Sozialdemokratie dem Reichskabinett unterbreitet hat, machte sich die Regierung bisher zu eigen. Statt dessen verspricht sie, eine Erhöhung der Einnahmen und Verringerung der Ausgaben anzustreben. Zum Schluß wird dann noch eingehend der Beweis geführt, daß eine Finanzkontrolle über Deutschland nur eine Schädigung unserer Interessen und damit der Interessen der Entente-Länder herbeiführen muß.

Bevor der endgültige Vorschlag der Reichsregierung bekannt ist, können aus ihm keine Schlussfolgerungen gezogen werden. Aber darauf muß man gefaßt sein, daß er nach den bisherigen Verhandlungen doch Anlaß zu eventuellen Konsequenzen gibt.

### Sieg des Pessimismus.

Der Dollar hat gestern den Rekordkurs von 4500 erreicht und wurde am 11. mit 6175 festgesetzt. So klumpen die Kurse der fremden Devisen immer höher, die Preise schneisen in maßlosem Tempo in die Höhe, die Kaufkraft der breiten Massen wird vollkommen vernichtet. Endlos erheben sich die Sachverhalte eines ungeliebten Misset. In phantastischen Sprüngen streben die Kurse der Aktien dem davonkollenden Dollar nach.

Innerhalb der zwei Tage, die seit der denkwürdigen Rede des Reichsbankpräsidenten Havenstein verfloßen sind, hat sich die Kaufkraft der Mark um ein volles Drittel des damaligen Wertes vermindert. Wohl ist nicht allein er an dem Niedergang schuld, aber in dem Reichsbankpräsidenten ist die

Welt gewohnt, einen Sachwalter der deutschen Währung zu sehen, und wenn dieser nichts als Trostloses vor-  
auszusagen weiß, so kann man sich nicht wundern,  
wenn die internationale Spekulation ihre Schlüsse daraus  
zieht.

Noch immer hört man nichts davon, daß sich die Reichs-  
regierung zu einer entschiedenen Abwehraktion gegen die  
Kursstreberei mit fremden Devisen entschlossen hätte. Wir ver-  
kennen die Schwierigkeiten nicht, die durch die eingehenden  
Beratungen mit der Reparationskommission in die Arbeit des  
Regierungsapparates hineingetragen wurden. Trotzdem durfte  
man wohl erwarten, daß im Anschluß an die Beratungen der  
internationalen Finanzsachverständigen irgendwelche posi-  
tiven Maßnahmen gegen den Sturz der Mark ins  
Auge gefaßt werden würden. Bekannt ist darüber jedoch  
nichts, obwohl auch die Entente nach dieser Richtung klare  
Auskunft gefordert hat und obwohl seit der Ermordung Rath-  
enaus, die den Anstoß zu der Markkatastrophe gegeben hat  
und den Wert unserer Währung bis auf ein Zwanzigstel des  
damaligen Standes herunterdrückte, über vier Monate  
ins Land gegangen sind. Genug Zeit, um sich über das  
eigene Wollen oder Nichtwollen klar zu werden!

Das Volk, das seine Arbeitskraft bedroht, seine Pro-  
duktionskraft schwinden sieht, und als Antwort auf seinen  
Ruf den höhnischen Ruf der Unternehmer nach Mehrarbeit  
zu hören bekommt, kann die maßlose Preishausse kaum mehr  
ertragen. Es erwartet von seinen Vertretern in Regierung  
und Parlament Schritte der Abwehr. Erfolgen diese nicht  
rasch, so drohen der deutschen Wirtschaft die schwersten Ge-  
fahren. Die Berichte der preussischen Handelskammern über  
die gegenwärtige Wirtschaftslage, die wir an anderer Stelle  
im Auszug abdrucken, zeigen eindringlich, wie durch die fort-  
gesetzte Entwertung der Mark die verarbeitende Industrie, die  
die Hauptstütze der deutschen Produktion ist, und deren Bedeu-  
tung für den Export gar nicht überschätzt werden kann, schon  
jetzt unter Schwierigkeiten bei der Beschaffung des Betriebs-  
kapitals und der Rohstoffe leidet. Betriebseinschränkungen  
und Arbeitslosigkeit drohen vielerorts. Das Volk wird sich  
nicht damit zufriedengeben können, daß maßgebende Organe  
der deutschen Finanzwirtschaft den weiteren Sturz der Mark  
hinnehmen, ohne auch nur auf die Vorschläge unserer Partei  
und der Gewerkschaften einzugehen oder andere Maßnahmen  
wegen des Wohls des Volkes zu treffen. Es ist ein trauriger  
Triumph für Herrn Havenstein, daß sein Pessimismus recht  
behalten hat. Das Volk aber kann ihn auf die Dauer nicht ver-  
antworten.

### Französischer Druck.

Paris, 3. November. (G.) Der „Temps“ wertet den  
augenblicklichen Stand der Berliner Verhandlungen der Reparations-  
kommission in seinem heutigen Leitartikel mit folgenden offensichtlich  
offiziösen Insinuationen:

„Wenn die deutsche Regierung nicht imstande ist, einen  
annehmbaren Zahlungs- und nicht einen Anleiheplan vorzulegen,  
dann hat die Reparationskommission nur eins zu tun: nämlich zu  
verschwinden und die Bahn für eine Aktion der alliierten  
Regierungen freizumachen. Dann würde jede der Regierungen ihren  
Augenblick und ihre Ziele zu wählen haben.“

### Stegerwalds Blatt gegen die „Christlichen“.

Das Organ Stegerwalds „Der Deutsche“ unternimmt einen  
wütenden Vorstoß gegen den „Vorwärts“, wie gegen die gesamte  
Sozialdemokratie, der er vorwirft, daß sie mit ihrer Forderung einer  
aktiven Währungspolitik und ihrem Kampf gegen den  
Reichsbankpräsidenten Havenstein nur die Geschäfte der Entente be-  
sorge und „auf das Verschwinden des Goldes unserer Reichsbank“  
hinarbeite. Diese Methode der Verdächtigung und Berunglimpfung  
Anderdenkender ist in dem Organ des Herrn Stegerwald kein  
Neu- und überaus bemerkenswert ist jedoch die Tatsache,  
daß das Organ eines Mannes, der noch immer vorgibt, die Inter-  
essen der Zentrumsarbeiter zu vertreten, sich durch seinen wüsten An-  
griff gegen die Sozialdemokratie auch in denkbar schärfsten Gegensatz  
stellt zu den christlichen Gewerkschaften, die gemeinsam  
mit den übrigen gewerkschaftlichen Spitzenverbänden die Denks-  
schrift an den Reichskanzler unterzeichnet haben, in der  
eine solche Währungspolitik verlangt wird.

Die christlichen Gewerkschaften, die sich im Vertrauen zur Autorität  
Herrn Stegerwalds zur finanziellen und sonstigen Unterstützung des  
„Deutschen“ bereit fanden, werden mit gemischten Gefühlen  
wahrnehmen, daß ihr Blatt sich immer mehr zu einem Spezialorgan des  
— Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes und ähnlicher  
Organisatoren auswächst.

Der Staatsgerichtshof hat die Verfügung über die Auflösung des  
Offiziersvereins des Inf.-Reg. 133 Dresden und ebenso das Verbot  
des Festes des Vereins für landwirtschaftliche Berufsausbildung  
Reuenhagen i. B. M. aufgehoben.

## Die Not der Vertriebenen.

Von D. Ruffbaum.

In diesen Tagen wollen sich Vertreter der geschädigten und vertriebenen Elsaß-Lothringer, der Ostdeutschen, der Auslandsdeutschen, der Kolonialdeutschen, der heimattreuen Oberschlesier und der Verein „Wiederaufbau im Auslande“ zur gemeinsamen Beratung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Notlage versammeln und vor der breitesten Öffentlichkeit diese Notlage darlegen.

Viel zu wenig wurde bisher in der Öffentlichkeit die menschliche, soziale und wirtschaftliche Seite der Not dieser Geschädigten, zum großen Teil auch aus ihrer Heimat Vertriebenen, beleuchtet. Es kann anerkannt werden, daß staatliche und private Fürsorge bestrebt waren, manche Sorge zu mindern und drückende Not zu lindern. Doch reichte diese Hilfe auch nicht im entferntesten aus, um nur den bescheidensten Teil dessen zu ersetzen, was verloren ging. Obdachlos, ohne Hausrat und Kleidung irrt heute noch eine große Zahl dieser Bedauernswerten im deutschen Lande umher. Ueber dreihunderttausend aus dem Osten Vertriebene oder Verdrängte sind in Lagern zusammengedrängt, auf den Tag wartend, der es ihnen ermöglicht, wieder in bescheidenster Form eine Stätte zum Wiederaufbau ihrer zusammengebrochenen Existenz zu finden. Alle diese aus der Heimat Vertriebenen und ihrer Habe Beraubten wissen wohl, daß auch ein sehr großer Teil ihrer nichtvertriebenen und nichtverdrängten Mitbürger mittelbar durch den Friedensvertrag geschädigt wurde und in großer Notlage sich befindet. Aber diese Deutschen haben zumeist wenigstens noch ein Dach über dem Kopfe, bewegen sich immerhin noch zwischen ihrem mandymal zwar sehr bescheidenen, aber doch eigenen Hausrat. Dazu kommt, daß Kenntnis der örtlichen und menschlichen Verhältnisse außerordentlich vorteilhaft sind; Vorzüge, die dem Ortsunföndigen mangeln. Die Vorteile, die der eingeseffene Arbeiter, Gewerbetreibende usw. auf Grund seiner Kenntnis der Verhältnisse für seine Arbeit und Tätigkeit berufen kann, muß der ortsfremde Verdrängte oder Auslandsdeutsche meistens mit doppelter Arbeit und dreifachen Ausgaben büßen. Tausende von Arbeitern aus Elsaß-Lothringen oder aus dem Osten, jahre- und jahrzehntelang beschäftigt im selben Betriebe, vertraut mit jahrelang gewohnter Arbeit, stehen fremd in fremden Betrieben, ungewohnt der neuen Arbeit und des Beschäftigungsortes, während ihre Familien mit fünf, sechs oder mehr Köpfen manchmal Hunderte von Kilometern entfernt in einem Lager täglich untergebracht sind. Das ist das Schicksal Tausender von Familien, zerrissen infolge der Unfähigkeit früherer Gewalthaber und durch die Herzlosigkeit der ehemaligen Gegnerstaaten.

Berührt nicht die Lage eines alten Arztes schmerzhaft, dem durch Liquidation und Ausweisung alles genommen wurde und der infolge seines Alters und seelischer Depressionen nimmermehr treppauf und treppab steigen kann, um Patienten zu besuchen? Denn auf anderem Wege kann er niemals mehr zu einer Praxis kommen, er wird verelenden. Die Frucht jahrzehntelanger Arbeit ist zerstört, die Grundlage der Erwerbstätigkeit vernichtet. Und so sind alle, ob Arbeiter oder Angestellte, ob Handwerker oder Angehörige eines freien Berufes nach viereinhalbjähriger Kriegszeit ihrer Heimat und Habe beraubt.

Gerade das Beispiel der vertriebenen Elsaß-Lothringer ist bemerkenswert. Während der Kriegszeit, soweit sie nicht im Felde standen, durch die damaligen militärischen Befehlshaber schikaniert und drangsalirt, fortgesetzt durch Beschädigung und feindliche Flieger am Leben und Habe bedroht, kamen sie nach dem Zusammenbruch unter französische Herrschaft und wurden als Deutsche — öfters unter menschenunwürdigen Formen — ausgewiesen und ihres Eigentums durch Sequestrierung und Liquidation beraubt. Der Erlös dieses den Vertriebenen (auch den Auslandsdeutschen und Kolonialdeutschen) abgenommenen Eigentums wird gemäß dem Versailleser Friedensvertrag dem Deutschen Reich auf seine zu leistende Kriegsschuldigung gutgeschrieben. Obwohl das Deutsche Reich sich verpflichtet hat, die so Geschädigten oder Vertriebenen zu entschädigen, ist leider noch sehr wenig auf diesem Gebiete geschehen. Wohl sind für geraubte oder verschleuderte wirtschaftlich notwendige Gegenstände (dringender Hausrat, sowie Wertgegenstände in bescheidenstem Maße) drei Viertel des Wertes der Gegenstände vom 1. Juli 1914 (1) zum Teil mit geringen Papiermark-Zuschlägen für die Wiederbeschaffung durch ein Barentschädigungsverfahren zugewilligt worden. Das Endverfahren um Abschluß dieser Verdrängungs- und Gewollschädigungs, das übrigens nach Ausführungen in der Reichstagskommission sich auf eine Auszahlungsdauer von fünf Jahren erstreckt, fängt jetzt langsam an in Tätigkeit zu treten, obwohl die Summen, die in einem sehr unständlichen, der Reform dringenden bedürftigen Verfahren bewilligt werden, am Auszahlungstage weit unter dem Anschaffungswert derjenigen Gegenstände liegen, die beschafft werden sollen. Diese Art der Behandlung ist verfahren, und zwar gründlich. Es muß Aufgabe der Reichsregierung und des Reichstages sein, durch außerordentliche Beschlüsse



gung des Entschädigungsverfahrens wenigstens einen Teil der Vertriebenen und Geschädigten vor vollkommener Verelendung zu bewahren.

Auf dem Gebiete der Liquidationsentschädigung ist für die Arbeiterschaft und den Mittelstand noch gar nichts geschehen. Neuberei und Schamerindustrie sind mit Milliarden Mark abgefunden worden. Und zwar zu einer Zeit, als die Mark als Zahlungsmittel noch Kaufkraft besaß. Wie immer hat auch hier das Großkapital gezeigt, daß seine Verbindungen zu verschiedenen Ministerien sehr „herzliche“ sind. Wenn man dagegen davon hört, daß in einem Entschädigungsurteil einem Arbeiter eine Summe von sage und schreibe vier Mark (!) zugesprochen wird, so treibt Zorn und Scham einem die Röte ins Gesicht. Tatsache ist, und es kann nicht laut genug betont werden, daß von den noch nicht entschädigten Liquidationserlösen, durch welche ein Teil der Kriegsschuldens Deutschland abgedeckt wird, auch ein erheblicher Anteil von den vordrängten und vertriebenen Arbeitern und dem Mittelstand ausgebracht wurde. Während Großkapital und Großlandwirtschaft nicht nur ihre Kriegsgewinne in Sicherheit bringen konnten und heute wiederum Reparationsgewinne in schwindelnder Höhe in ihren Taschen verschwinden lassen, kämpfen die liquidierten Minderbemittelten einen verzweifeltsten Kampf um ihre geringe Habe.

Von dem vor kurzem im Reichsrat behandelten Liquidationsentschädigungsgesetz hört man schon allerhand. So soll ein Arbeiter, dem seine bescheidene Hütte liquidiert, oder der Mittelstand, dem sein Geschäft durch Liquidation entzogen wurde, mit dem Vier- bis Sechsfachen des Wertes vom 1. Juli 1914 in Papiermark entschädigt werden. Nur ein Beispiel sei gestattet, welches treffend beweist, wie die „Entschädigung“ wirkt. Ein bescheidenes Häuschen, dessen Friedenspreis acht- bis zehntausend Goldmark war und dessen Wiederherstellung nach amtlichen Indezahlen heute mindestens das dreihundertfache kostet, soll mit dem Vier- bis Sechsfachen des Friedenspreises, aber mit Papiermark im heutigen Wert abgegolten werden. Verglichen mit dem nichtgeschädigten Inlanddeutschen bedeutet das eine Wegnahme des zweihundertvierundneunzig- bis zweihundertsechundneunzigfachen Papiermarkwertes des früheren Eigentums. Nun hat aber der reiche Willensbesitzer im Grunewald genau so gut den Krieg verloren wie der von Haus und Hof vertriebene Arbeiter und Mittelständler, obwohl vielleicht der Hausbesitzer im Grunewald ein begeisterter Kriegsverherrlicher und Kriegsgewinnler war, während der Arbeiter an der Grenze des Landes ein Gegner imperialistischer Bestrebungen war. Hier kann es nur eine Lösung geben, und die besteht darin, daß Reichsregierung und Reichstag mit fester Hand zugreifen. Hier darf nicht mit dem „frommen“ Spruch entschädigt werden: „heiliger St. Florian, verschon mein Haus, zünd' andre an!“

Die Gleichheit aller Deutschen, von der die Reichsverfassung spricht, muß auch auf dem Gebiet der Entschädigung der vertriebenen und geschädigten Deutschen zur Wahrheit werden. Man vergesse nicht, daß zum allgemeinen Wiederaufbau des zusammengebrochenen Deutschland auch der tüchtige Auslandsdeutsche gehört. Und ebenso darf nicht außer acht gelassen werden, daß die Grenzlandvertriebenen als außerordentlich wichtige, wirtschaftsaufbauende Faktoren im Inlande in Betracht kommen. Nicht zuletzt ist Gerechtigkeit Pflicht aller Deutschen gegenüber den Vertriebenen und Verdrängten.

**Kongress der Verdrängten.** Der Herr Reichspräsident hat ausgesetzt, eine Abordnung des Kongresses der Verdrängten am Mittwoch, den 8. November, vormittags 11 Uhr, zu empfangen.

**Verbotene Versammlung.** Eine vom „Rationalverband deutscher Soldaten, E. W. Prinz Oskar von Preußen“ auf heute einberufene Versammlung in den Hohenzollernsälen, in der als Redner Rittmeister J. B. v. Ramon vorgesehen ist, ist, wie die „FPR“ hören, verboten worden.

## Das wahre Thüringen.

Von Walter Bähr.

Hierfür ist das Gesicht Thüringens: Wirklich, verkürrt, getrübt und wahr. Bücher erzählen von ihm. Das wirkliche Thüringen ist das der Sommerfrischen, der Gastwirtsrechnungen, der Ansichtspostkartenschönheiten. Seine Ueberheblichkeit hat ihm den bedeutenden Schilderer verlag. Dem verklärten Thüringen gehörte die Liebe des weitand Thüringer Wandermannes August Trinius, die sich plätschernd in umfangreiche Bücher ergoß, nicht für die Dauer bestimmt. Das geträumte Thüringen ist das des emigrierten Schriftstellers Gustav Schröder, einem überirdischen Stern angehörig, wo den seltenen bösen Menschen eigenhändig durch den Finger Gottes zum Guten gewinnt wird. Anders ist das wahre Thüringen. Ihm diene (mit fränkischem Einschlag) der Dichter Otto Ludwig. Ihm suchte sich der unglückliche Albert Lindner zu nähern. Die Wege zu ihm erschließt das Werk Marthe Renate Fischers.

Die rüstige Siebzigerin ist vielzulang in das Schubfach „Heimatkunst“ eingesperrt gewesen. Die Literaturgeschichte wissen nichts von der künstlerischen Geschlossenheit der in Saalfeld wohlbeheimateten Märlerin zu Marie von Ebner-Eschenbach, zu Enrica von Handel-Mazzetti. In der jüngsten Provinz der Dorfgeschichtenliteratur ist die Kennerin des Banndens noch nicht amtlich gemeldet. Auch hier gehört sie mit hinein.

Ihre bedeutende Erzählergabe ist dem wahren Thüringen gewidmet. Dem Banndens von Jugend auf nahestehend, kennt sie den Thüringer Bauern wie keine andere. Das bunte Leben an der Saale und in den verschwiegenen Nebentälern zog sie in seinen Bann. Sie verdirgt nichts und beschönigt nicht. Fest greift sie zu, mit fählerischem Griff. Dem bedrückten Häusler, dem getretenen Tagelöhner, der Fabrikarbeiterin, dem Schorwerker lauschte sie ihre Beobachtungen ab. Sie drang ein in die finsternen Gründe des Aberglaubens, der unter niederem Dach in dumpfen Gehirnen laukt, der manches Glück im Keime ersticht, der zur Drusflut manches Zerbrechens wird. Auf den großen Bauernhöfen weiß sie nicht minder gründlich Bescheid. Aber auch hier sucht sie nicht den Besitz, sucht sie den Menschen.

Ihre Aufrichtigkeit ist unerbittlich. Ihrem Wosen ist alles Gezierte fremd. Sie verachtet die Wehleidigkeit. Ihre Sprache ist kernig, gerade, ohne Schminkt und Aufputz. Heiße Fragen behandelt sie mit überlegenem Humor. Säh und herb zugleich spricht sie von den Beziehungen der Geschlechter untereinander. Die Tugenden ihrer Menschen sind selten die des gestätigten Bürgers.

Begonnen hat Marthe Renate Fischer mit Erzählungen für die Jugend. Ihr Bestes schuf sie in den Novellen und Romanen, die aus thüringischem Boden wie ein grünsüßiger Baum aufwachsen, wurzelkräftig, starkstämmig, breitäufig. In ihnen reiste sie zu der großen Erzählerin, die den Vergleich mit den Besten nicht zu scheuen braucht. Ihre frühe große Bauerngeschichte „Die Aufrichtigen“ weist aus der Mark nach Thüringen. Bald erzählt sie von der reichen Bäuerin, deren Stolz durch den Leidensweg ihrer verarmten Tochter gebeugt wird. Tiefher nach Thüringen hinein führen die Novellen „Aus stillen Winkeln“. Darunter findet sich die

## Die unverdächtigen Hohenzollern.

Schutz dem Milliarden-Diadem.

Nachdem die gesamte Monarchistenpresse drei Tage lang unsere Mitteilungen über das Diadem, das die Reise nach Doorn antreten soll oder bereits angetreten hat, totgeschwiegen hat, sieht sie sich schon infolge der sozialdemokratischen Anfrage gezwungen, zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen. Um ihre Verlegenheit zu mastieren, die am deutlichsten in dem ursprünglichen Stillschweigen zum Ausdruck kam, tobt sie einhellig — gegen die Sozialdemokratie. Diese Taktik kennen wir schon aus der Grußer-Affäre, und an der Heftigkeit der Wutausbrüche erkennen wir nun, wie peinlich für die Hohenzollern und ihre Anhängerschaft die Aufdeckung der Angelegenheit und wie notwendig die Einbringung der sozialdemokratischen Anfrage war. Wir werden uns daher weder durch die schmutzigen Anwürfe des „Tages“ noch durch die Intenstischpolitik der „Deutschen Tageszeitung“ irreführen lassen, die sich nach den Vermögens- und Steuerangelegenheiten von Barous-Helphand erkundigt. Wenn die Deutschnationalen behaupten wollen, daß bei diesen etwas nicht in Ordnung ist, dann kann ihre Fraktion doch jederzeit bei der Regierung hierüber Auskunft verlangen. Einseitigen aber steht lediglich die Frage der Ausfuhr eines Vermögensobjektes von nahezu einer Milliarde nach Holland zur Diskussion. Die volksparteiliche „Zeit“ behauptet, wir hätten die Gelegenheit zur „straflosen Beleidigung ehemaliger deutscher Fürsten“ aus und bringt damit ihr Bedauern deutlich zum Ausdruck, daß die Majestätsbeleidigungspapirgraphen nicht mehr Anwendung finden können. Aber bitte sehr: den Schutz des § 185 ufm. genießt jeder Bürger, auch die entthronten Fürsten, und auch Wilhelm hat bereits vor Jahresfrist bei einer anderen Gelegenheit davon Gebrauch gemacht. Wenn er sich durch unsere Mitteilungen und Ausführungen beleidigt fühlt, so soll er uns doch verklagen!

Der „Tag“ versichert zwischen zwei Expektorationen, daß bei der Ausfuhr des Diadems gefehlich vorgegangen wird. Um so besser, vielleicht hat die sozialdemokratische Anfrage etwas dazu beigetragen, denn bis Donnerstag war, nach unseren Informationen, der zuständige Finanzstelle von einem Besuch um Ausfuhrgenehmigung nichts bekannt, obwohl die Hochzeit schon am Sonntag stattfindet. Der „Tag“ aber deklamiert pathetisch:

„Ein Hohenzoller betrügt niemanden und umgeht gewissenhaft keine gesetzlichen Bestimmungen. Auch nicht die Ausführungsgeetze der deutschen Republik.“

Ach! Nur nicht so hochtrabend, denn es ist nicht lange her, daß ein gewisser Eitel-Friedrich vor Gericht wegen Verstoßes gegen die Vermögensausfuhrbestimmungen stand und verurteilt wurde.

Uebrigens befinden sich „Zeit“ und „Lokal-Anzeiger“ im Irrtum, wenn sie von einer besonderen Aufregung der Sozialdemokratie sprechen. Die Anfrage Wels-Braun ist in durchaus ruhigem Tone gehalten und Aufregung verraten nur die explodierten Kommentare der Monarchistenpresse.

Aber wir bestreiten nicht, daß die ganze Angelegenheit Grund genug zum Aufregen geben würde und Empörung in Millionen von Herzen hervorrufen. Denn wer ist es, der in einer Zeit, in der Kriegerwitwen und Krüppel, Sozialrentner und Invaliden zu Hunderttausenden darben, die infame Geschmackslosigkeit begeht, von der „Not der Hohenzollern“ zu faheln. Konnte man nicht noch vor wenigen Tagen Ausfahrungen der Nachfolgerin Auguste Victorias gegenüber englischen Berichtstatten lesen, wonach die Mahlzeiten in Doorn nicht nur bescheiden, sondern sogar dürftig seien. Leute, die aus der Fülle ihrer Numelenschätze ein Diadem im Werte von vielen hundert Millionen schöpfen können, sollten doch heutzutage so viel Schamgefühl besitzen, nicht von der eigenen „Not“ zu sprechen. Besonders wenn sie selbst in so hohem Maße dazu beigetragen haben, nicht nur sich, sondern leider auch das ganze deutsche Volk diesen „herrlichen Zeiten“ entgegenzuführen!

## Ein frommer Hochzeitwunsch.

Aus deutschnationalistischem Herzen.

Während die deutschnationale Presse im allgemeinen sich schweigend vor das Milliarden-Diadem stellt, das der 63jährige Wilhelm aus dem Privatbesitz der verstorbenen Auguste Victoria seiner 36jährigen neuen Frau umarbeiten läßt, kommt gelegentlich doch der wirkliche deutschnationale Wunsch zur Hochzeit in Doorn zum Vorschein. Eines der gefälligsten deutschnationalistischen Provinzialblätter ist die „Greifswalder Zeitung“, die wegen ihrer bisartigen Angriffe auf die Republik und die Regierung nach dem Rathenau-Road auf vier Wochen verboten werden mußte. Diese „Greifswalder Zeitung“ jähert neuerdings aus dem Bunde der Frau v. Bunsen: „Vom Kaiser in Doorn“ folgenden „heiligen Wunsch, der in ihrem Herzen aufsteigt“:

„Möchte Gott ihm einen gnädigen natürlichen Tod senden! Möchte dieses Leben, auf das die Blicke der ganzen Welt gerichtet sind, nicht noch in Phasen geickt werden, die ihm die Trugit rauben! Möchte das Große, das jetzt viclem Kaiserthum noch anhaftet, nicht vernichtet und möchte das Bild, das die Weltgeschichte von ihm zu bewahren hat, nicht klein und seiner Vorfahren unwürdig werden! Ein gnädiger, schneller Tod für diesen Mann!“

Die deutschnationalistische „Greifswalder Zeitung“ fügt diesem Herzensergüsse die tiefinnige Betrachtung an, daß man „bei näherem Nachdenken“ dem Wunsche der Verfasserin jenes Buches „eine gewisse Berechtigung zugeschiehen“ müsse. Augenscheinlich hat man in Greifswald bereits eingesehen, daß Wilhelm im Begriffe sei, sein Leben „in Phasen zu lenken“, die ihm wirklich jede Trugit rauben. Die Berliner deutschnationalen Blätter üben sich inzwischen noch darin, in dieser Zeit des Hungerns das Milliardenhochzeitsgeschenk als eine Harnlosigkeit darzustellen. Tiefinnerst aber werden sie denken wie jene: „Ein schneller gnädiger Tod...“

## Ersatzmann für Lerchenfeld.

Ende der bayerischen Ministerpräsidentenkrise?

München, 3. November. (Mit.) In der heutigen Sitzung der Fraktion der Bayerischen Volkspartei einigte man sich, wie wir erfahren, dahin, den früheren Staatsminister Dr. v. Knilling als Nachfolger des Grafen Lerchenfeld in Vorschlag zu bringen. Knilling gehört der Fraktion der Bayerischen Volkspartei im Landtag an und dürfte nach Ansicht der Bayerischen Volkspartei auch die Unterstützung der übrigen Koalitionsparteien finden, so daß damit die Ministerpräsidentenkrise ihrem Ende entgegengehen dürfte.

Ueber eine Woche ist man in München auf der Suche nach einem neuen Ministerpräsidenten. Für die wenig beneidenswerte Rolle eines „Prügelknaben“ wollte sich niemand hergeben. Es ist Spezialität der bayerischen Demagogen, wie Heim und Held, im Hintergrund zu bleiben. So kann man nach Belieben und Bedarf auch ungestraft den Radikalen spielen und auch in Opposition machen.

## Ab 15. November neue Posttarife.

Die neue Erhöhung der Postgebühren war am Freitag Gegenstand der Beratungen des Reichstagsausschusses für Postangelegenheiten. Reichspostminister Giesberts begründete die Notwendigkeit der neuen Erhöhung mit dem durch die fortschreitende Geldentwertung hervorgerufenen Defizit. Ein Teil des Fehlbeitrages soll durch Vereinfachungsmaßnahmen ausgeglichen werden. Durch die Vereinfachung des Beamtenkörpers hofft man, rund 3 Milliarden Mark zu ersparen. Eine weitere Ersparnis will man dadurch erreichen, daß einbezügliche Beamten aller Befoldungsgruppen an andere Verwaltungen abgegeben werden. Die Bauausgaben sollen ebenso wie die Beförderungsgebühren eingeschränkt werden. Nach kurzer Debatte genehmigte der Ausschuss die vom Reichsrat angenommenen Sätze, die bei der Briefpost und im Fernsprechverkehr eine 100prozentige und bei der Paketpost eine circa 50prozentige Erhöhung vorsehen. Der neue Tarif tritt am 15. d. M. in Kraft. Auf Vorschlag der Demokraten beschloß der Ausschuss, sich in einer besonderen Sitzung mit der Tarifpolitik in sozialer und verwaltungstechnischer Hinsicht, mit der Reform des Personalabbaus und mit der Frage der Kontrolle der Durchführung des Achtstundentages eingehend zu beschäftigen.

wunderbar reife „Fahnenträgerin“, ein krankes Bauernweibchen, das dem Tode mit tapferer Herzensheiterkeit ins hochglühende Auge sieht. Die Novellenammlung „Auf dem Wege zum Paradies“ ist unverfälschtes Thüringen. Darin laßt „Die Liebesfähe“, von fälschlich, schwererleser, sonniger Weltauffassung erfüllt. „Die letzte Station“, Skizzen aus dem Altersheim, wärmt wie milde Spätherbstsonne eine Schar hochbetagter alter Männer, die das Leben zerstückelt und zerbröckelt hat.

Ein farbiger Gestaltungsreichtum quillt aus den großen Romanen. Sie drücken das wahre Gesicht Thüringens am unerschöpflichsten aus. Das in diesem Jahre neu aufgelegte „Patentkind“ ist eine glütige Dichtergabe. Ein verachtetes Gemeindeglied ringt sich durch die gemeinen Widerstände seiner Umgebung zu bescheidenem Glück durch. Um die gerablinigte Handlung schlingt sich ein üppiges Rankenwerk alter Volkssitten und wirren Aberglaubens. Mit dem düsteren Kulturbild „Die aus dem Drachenhäus“, auf das nur spärlich und zögernd die Sonne des Humors scheint, schuf Marthe Renate Fischer ein überragendes Meisterwerk. Engländiger Aberglaube hegt ein fröhliches, arbeitames, unerbildetes Naturkind durch qualersüßte Jahre. Ein unbarmherziges Schicksal tritt ihm kurz vor dem Ziel. „Schön und furchtbar“ nannte Marie von Ebner-Eschenbach dieses Buch der Magd, auf das die herrliche „Bittnerstochter“ folgte. In ihr wird der Bauernsohn einer Frau gebrochen, der die Vorzüge des Besten höherwertig erscheinen als das unmaßbare Gold eines lauterer Choraliers. Eine ganze Dorfgemeinschaft wird wach in Liebe und Haß, in Leid und Freude, in Arbeit und Genuß in dem zuletzt erschienenen „Wir ziehen unsere Lebensstränge“, die in die Blutgrube des Weltkrieges einmündet.

Aus ihm heraus wird ein eigenartiges Werk führen, an dem die Dichterin gegenwärtig arbeitet. Es wird den namenlosen Kämpfern aus dem Volke gewidmet sein. „Der Feldgrau spricht“ wird es heißen, summe Dinge werden in ihm die Lippen öffnen. Sprachlos wird eine Junge erhasen im bitteren Dasein eines Kriegsbeschädigten, den seine Verwundung an der Rückseite in den früheren Wirkungsbereich hindert, der in seiner Herzensinfaßt den unbeachteten Dingen brüderlich nahegerückt ist. Das wahre Thüringen soll in ihm sprechen mit der Stimme der Berge und Wälder.

Das Ende der Brunnerel. Da Prof. Brunner die literarische Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums verlassen hat und binnen kurzem auch aus dem Preussischen Polizeipräsidentenministerium scheiden wird, dürften die Dunkelmänner in Deutschland in großer Sorge sein um die Bekämpfung des Schmutzes in Wort und Bild. Sie können sich beruhigen; denn die Antwort des Reichsinnenministeriums auf eine Anfrage des deutschnationalen Abgeordneten Kumm im Reichstag zeigt, daß auch ohne Brunner etwas zur Bekämpfung der Schmutz- und Schmutzliteratur getan wird. Für den Schutz gegen unsaubere und verrobbende Postkarten genügen die Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuchs und der Reichsgewerbeordnung. Für den Schutz gegen unsaubere und verrobbende Schaustellungen ist allgemein durch Polizeiverordnungen vorgesorgt. Auch das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz ist hier von Wirkung. Und beim Geß gegen die Schmutz- und Schmutzliteratur ist es nicht so, wie es

unlängst in der „Frankfurter Zeitung“ hieß, daß nämlich die Reichsregierung sich weigere, das Gesetz vorzulagen. Ein Referentenentwurf, der Spruchkammer vorlag, wurde als zu kostspielig abgelehnt. Es müßten neue Wege beschritten werden, über die zurzeit Reichsjustiz- und Reichsinnenministerium beraten.

Prof. Brunner wird keinen Nachfolger im Polizeipräsidium haben, da die Abteilung abgebaut wird. Der Leiter der Abteilung, Herr v. Blasenapp, ist deshalb vor kurzem auch nur noch auf Privoidienstvertrag für ein halbes Jahr angestellt worden.

Der Männerchor Heidenröslein, Siemensstadt (Mitgl. des D. A. S. B.) Der Männerchor Heidenröslein, Siemensstadt, legte in der Hofschule für Kunst eine neue, im ganzen gelungene Probe seines unzweifelhaft über dem Durchschnitt stehenden Könnens ab. Herr Prof. Walter Fischer erkreute an der Orgel durch blendendes Spiel in Präambulum und Fuge über B A C H, durch den ersten Satz aus dem D-Moll Konzert und Thema und Variationen in E-Dur von Handel, deren gefälliger Rhythmus sich sichtlich dem Publikum mitteilte. „Du ferne Land“ und „Das heilige Feuer“ von Uthman spannten dem Konzert einen wirksamen Rahmen und boten danklos Widerpiel zu den frischen Chören „Widerpruch“ (Schubert), „Jägerchor aus Curonien“, „Jäger und Mädchen“. Der „Traum an der Siegfriedsquelle“ hatte große, packende Momente, stand aber hart an der Grenze der Leistungsmaßlichkeit und beeinträchtigte die Wirkung der „Lezten Rose“, die schon erschöpfte Lendre fand. Die Wäffell Jahnkeffs zeigten Klangfülle, aber schlechte Aussprache. „Oblus Reserret“ erstickte in der Benennung des Komponist-Dirigenten Herrn Joseph. „Das Muttergrab“ und die Trinksieder gaben dem Sänger mehr Raum. Alles in allem: fleißige Arbeit und Gesungen. Wo Gesängen nicht ganz beschieden, war guter Wille offenbar. Das Publikum stürte leider an empfindlichen Stellen durch Gesäffter und Programmblätter, am Schluß durch liberelle Weisfäufe nach der Garderobe.

Alfred Capus. Der französische Schriftsteller Alfred Capus, der locken, kurz vor Vollendung seines 64. Lebensjahres, gestorben ist, hat sich in Deutschland durch seine in früheren Jahren viel gespielten Bühnenwerke, vor allem durch „La Veine“, bekannt gemacht, während seine Heimat vor allem den Verleger der wichtigen poetischen Saiten in Dialogform schätzte. Hier wie in seinen Aufsätzen zeigte sich der unverwundliche Optimismus des Südfranzosen, der das Leben leicht zu nehmen und die Fehler der Mitmenschen mit lächelnder Nachsicht zu beurteilen pflegte, von seiner lebenswüchigen Seite. Leider ließ sich der lockende Steffler in seinen letzten Lebensjahren von der chauvinistischen Feindsinnung in das Fahrwasser der preffischen Hoffjournalistik treiben.

Die Ukraine abt deutsche wissenschaftliche Instrumente zurück! Durch die Vermittlung des deutschen Roten Kreuzes wird eine große Anzahl wertvoller astronomischer Instrumente, die den Sternwarten in Hornburg-Berndorf, Potsdam, München usw. gehören, von Odessa nach Deutschland zurückgeführt. Es handelt sich um Instrumente, die mit der deutschen Feinmechanikserproduktion kurz vor Ausbruch des Krieges nach der Krime einfindig wurden und in Odessa geblieben sind. Durch außerordentliches und tätiges Entgegenkommen der ukrainischen Sowjetregierung und ihrer Vertretung in Berlin wurden vor einigen Wochen die Instrumente Professor Schorr in Odessa ausgeliefert.



# Erster Zwischenfall auf der Arbeitskonferenz Feierlicher Protest Wiffells.

Genf, 3. November. (W.Z.) Die Behandlung der Frage der deutschen Sprache als dritte Amtssprache auf der bisherigen Arbeitskonferenz fand in der heutigen Schlußsitzung einen ziemlich aufregenden Abschluß (nachdem in der vorangegangenen Sitzung ein Antrag des deutschen Regierungsvertreeters Dr. Seymann auf Einführung der deutschen Sprache oder zumindest auf Abgabe einer Erklärung hierzu von der Konferenz abgelehnt worden war. Red. d. B.). Kurz vor Beginn der Nachmittagsdebatte verlangte der deutsche Arbeitskonferenzvertreeter Reichsminister a. D. Wiffell das Wort zur Geschäftsordnung. Er erklärte mit ernster Stimme und nachdrücklicher Betonung im wesentlichen folgendes:

„Wir werden auf der nächsten Konferenz Mittel und Wege finden, damit es den Vertretern eines Landes nicht mehr im Interesse des Auseinandergehens der Versammlung in möglichem Maße wird, Fragen zu besprechen, die im Interesse der Sache liegen. Ich weiß nicht, ob ich im nächsten Jahre wieder hier stehen werde, aber das weiß ich und das muß ich erklären, daß ein Gefühl tiefer Erbitterung und tiefsten Schmerzes die Herzen von Millionen Arbeitern erfüllen wird, wenn ich ihnen erzählen werde, daß es ihrem Vertreter hier nicht möglich war, ihre Interessen zum Ausdruck zu bringen. Der Präsident der Konferenz hätte mir mittelbar versprochen, daß ich hier zu Worte kommen würde, und das hat die Konferenz unmöglich gemacht, aber, meine Herren, auch ein Volk, das so tief gestürzt ist wie das deutsche, das so unfähig verarmt ist wie wir, hat das Recht, den Kopf hoch zu tragen und den Glauben an die Zukunft nicht zu verlieren.“

Diese mit großer Eindringlichkeit und tiefer innerer Erregung gesprochenen Worte lösten einen sichtbar starken Eindruck aus, und ein Teil der Versammlung sowie der Präsident brachen in Beifallsstößen aus. Wiffell kehrte an seinen Platz zurück, um die französische Uebersetzung seiner Rede abzuwarten. Dann erhob sich die gesamte deutsche Abordnung, Arbeitnehmervertreter, Arbeitgebervertreter, Regierungsvertreter und Beiräte und verließ geschlossen den Saal.

Nachdem die deutsche Abordnung den Saal verlassen hatte, ergriff Präsident Burnham das Wort und erklärte, es sei in der Tat richtig, daß er Wiffell versprochen habe, ihm das Wort in der Sprachenfrage zu geben, aber die Konferenz sei nun einmal souverän in ihrer Entscheidung. Hierauf hielt Burnham seine Schlußrede, der sich die Reden des Vizepräsidenten und zahlreicher anderer Delegierter bis in den späten Nachmittag hinein angeschlossen. Die schweizerischen Regierungsvertreter hatten bereits am Mittwoch die Konferenz verlassen, weil sie, wie sie erklärten, in Bern wichtigere Arbeit zu leisten hätten.

## Die Lage der deutschen Arbeiterschaft.

Bei Beginn der Vormittagsitzung der Internationalen Arbeitskonferenz erließ die Arbeitskonferenz folgende Resolution:

„Angesichts der lebhaften Beunruhigung der Arbeiter infolge des jüngsten Niedergangs der Lebenshaltung in gewissen Ländern und der Tatsache, daß dieser Niedergang parallel läuft in einigen Ländern, darunter Deutschland, angesichts der Tatsache, daß der Niedergang der Lebensbedingungen zu einer sehr gefährlichen Lage der Bevölkerung und damit der Arbeiter führen kann, die künftige Generationen gefährdet, und daß diese zahlreiche Arbeiter treffende Lage auch auf andere Länder übergreifen kann,

endlich angesichts der Tatsache, daß der Teil 13 des Friedensvertrages und vor allem die Worte zu Recht bestehen, in denen Löhne gewährleistet werden, die ausreichende Existenzbedingungen sichern,

fordert die Konferenz das Internationale Arbeitsamt auf, eine wissenschaftliche

Untersuchung über die Lebenshaltung der Arbeiter in Deutschland und anderen Ländern mit niedriger Währung im Verhältnis

zur Vorkriegszeit anzustellen, um die gegenwärtige Lage zu klären, sowie die bereits angewandten und in Aussicht genommenen Mittel zu prüfen, um den Arbeitern befriedigende Existenzbedingungen zu sichern.

Alle übrigen Anträge wurden dann einschließlich des Sprachenantrags dem Verwaltungsrat überwiesen.

## Das Revolutionsgesetz von Angora.

Paris, 3. November. (W.Z.) Die Agence Havas meldet aus Konstantinopel, das Osmanische Reich ist am 1. November um 7.30 abends von der großen Nationalversammlung von Angora unter förmlichem Beifall abgelehnt worden. Die Regierung der großen Nationalversammlung ist zum Erben des Reiches proklamiert worden. Die Nationalversammlung wird einen Kaiser zu wählen haben.

Der Pariser Vertreter der Regierung von Angora hat der französischen Regierung mitgeteilt, daß die Regierung von Angora alle Verträge, kontraktlichen Abmachungen usw., welche seit dem 16. März 1920 durch die Verwaltung von Konstantinopel abgeschlossen worden sind, als null und nichtig betrachtet. Das gleiche gilt für die Versicherungen, welche von dieser Verwaltung Finanzunternehmen gemacht worden sind.

## Manifest der italienischen Sozialisten.

Die Zeitung der italienischen sozialistischen Partei hat, wie der „Vossischen Zeitung“ gebräutet wird, ein Manifest an die Arbeiterklasse erlassen, in dem gesagt wird, die faschistische Revolution sei nun eine vollendete Sache; mit Unterstützung der Monarchie und der bewaffneten Macht sei die neue Regierung außerhalb des Parlaments gebildet worden. Die herrschende Klasse habe aus Haß gegen das Proletariat allen reaktionären Ausschreitungen und der Abschaffung des Schutzes der Arbeiter zugestimmt. Eine neue bürgerliche Klasse erhebe aus der faschistischen Staatsdiktatur und „das faschistische Regime ist nun an der Macht mit allen seinen Instinkten und unter seiner ganzen Verantwortlichkeit. Der Faschismus, der nun Staatsregierung ist, hat die Verpflichtung, die Finanzen und die Volkswirtschaft wieder in die Höhe zu bringen. Aber er wird nicht wegen der Mächte, die ihn begünstigt haben, versuchen dürfen, die ganze Last auf die Arbeiterschultern zu legen, indem er Erspornisse in dem Arbeiterschutze macht, und indem er die kapitalistischen Kreise von ihren Steuerpflichten befreit und dafür die Konsumenten der Spekulation ausliefert.“

Der Aufruf wirft der Regierung vor, daß sie, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, als einziges Mittel Auswanderung lenne. Er prophezeit, daß die imperialistischen und nationalistischen Tendenzen des Faschismus bald eine ungeheure Vermehrung der Ausgaben für Flotte, Armee und Luftschiffahrt mit sich bringen werden. Am Schluß gibt das Manifest den Arbeitern den Rat, sich ruhig zu verhalten und führt aus, die sozialistische Partei werde in ihrer protestierenden Haltung verharren in der Erwartung, daß aus dem Schiffbruch des liberalen-parlamentarischen Systems bald die neue Morgenröte des Sozialismus anbrechen werde.

## Neuwahlen erst nach dem Winter.

Die römischen Blätter melden, daß die Neuwahlen für die Kammer in März oder April stattfinden werden. Die Regierung wird die Verlängerung der budgetlosen Verwaltung bis Ende Juni 1923 verlangen.

## Der neue Außenminister.

Ruffolini hat das Portefeuille des Auswärtigen dem Senator Contarini, dem bisherigen Generalsekretär des Auswärtigen Amtes, angeboten.

„Europa Press“ meldet aus Rom, daß Avezzano nicht als Nachfolger Frassati nach Berlin, sondern als Nachfolger Ricci nach Washington gehe. Vizepräsident Frassati soll einstweilen noch in Berlin bleiben.

## Ruffolini stellt sich den Diplomaten vor.

Rom, 3. November. (G.Z.) Ministerpräsident Ruffolini stattete heute vormittag einer Reihe auswärtiger Diplomaten Besuche ab, zunächst dem englischen Botschafter, dann dem amerikanischen, brasilianischen und um 12 Uhr mittags dem deutschen Botschafter. Ruffolini ordnete an, daß Maßnahmen ergriffen werden sollten, um die telephonischen und telegraphischen Verbindungen mit dem Ausland, besonders für die Presse, unverzüglich wieder herzustellen.

## Protest bei Jugoslawien.

Rom, 3. November. (G.Z.) Ruffolini hatte eine Zusammenkunft mit dem jugoslawischen Gesandten Antoniewitsch, dem er mitteilte, welche Haltung der italienische Ministerrat Jugoslawien gegenüber einzunehmen beschloßen habe. Ruffolini erklärte, man wisse in Rom, daß reguläre jugoslawische Truppen in der Umgebung von Zara methodisch konzentriert würden. Er forderte den jugoslawischen Gesandten auf, bei seiner Regierung dahin zu wirken, daß diese Truppen sobald wie möglich zurückgezogen würden, um Zwischenfälle zu vermeiden. Die italienische Regierung wünsche, freundschaftliche Beziehungen zu Jugoslawien aufrechtzuerhalten, fordere aber, daß auch die jugoslawische Regierung Italien gegenüber in demselben Geiste handle.

## Tschechisch-serbisches Bündnis.

Im Auswärtigen Ausschuss des tschechischen Abgeordnetenhauses hielt Außenminister Dr. Benesch eine Rede, in der er u. a. die Existenz des Bündnisvertrages mit Jugoslawien bestätigte, die bisher offiziell in Abrede gestellt worden war. Der Vertrag, der auf fünf Jahre abgeschlossen ist, soll auch dem Völkerbund mitgeteilt werden.

## Ausdehnung des Rapallo-Vertrages.

Die seit geraumer Zeit schwebenden und zeitweise unterbrochenen Verhandlungen über die Ausdehnung des Rapallo-Vertrages auf die Ukraine und die übrigen Republiken der Sowjetföderation stehen, wie der Ost-Express erfährt, unmittelbar vor ihrem Abschluß. Es ist noch eine Resorbtbesprechung im Auswärtigen Amt über diesen Gegenstand angelegt. Da indessen über den von Sowjetseite vorgelegten Vertragsentwurf bisher völlige Uebereinstimmung erzielt worden ist, so darf die Unterzeichnung für die nächsten Tage erwartet werden.

## Steigerung der Kohlenförderung.

Die Kohlenförderung im Ruhrgebiet hat gegenüber dem Monat September im Oktober eine leichte Besserung erfahren. An 22 Arbeitstagen wurden rund 1 100 000 Tonnen Kohle mehr als im Vormonat gefördert, da sich der Prozentsatz der Ueberleistungen verfahrenen Untertagearbeiter auf etwa 70 gesteigert hat. Auch die Kopfzahl der Gesamtbeschäftigten dürfte sich im Oktober um ein Geringes vermehrt haben. In der Zeit vom 1. bis 26. Oktober wurden an 22 Arbeitstagen 7 144 228 Tonnen Stein-

kohle, 1 739 873 Tonnen Koks und 330 079 Tonnen Preßkohle gefördert. Die arbeitstäglige Leistung ist bei der Steinkohle um rund 23 000 Tonnen gestiegen, hat beim Koks nur sehr wenig zugenommen, während bei der Preßkohle eine geringe Abnahme zu verzeichnen ist. Wenn die Arbeitsleistung nicht größer war, so trägt daran zum Teil auch die Schwierigkeit in der Grubenholzbeschaffung Schuld, die es verhinderte, daß an einigen Orten wie gewöhnlich gearbeitet werden konnte. Die Verteilung war nicht ungünstig, die angeforderten Wagen wurden bis auf einen kleinen Rest von rund 190 Wagen pro Tag gestellt.

In Oberschlesien war die Wagenabstellung weit ungünstiger, die Steinkohlenförderung fiel aber dort im Monat Oktober um 5 Proz., obwohl keine Ueberleistungen verfahren wurden.

Im mitteldeutschen Braunkohlenrevier ist in der Förderung gegenüber dem September keine wesentliche Veränderung eingetreten. Allgemein wird hier über Arbeitermangel geklagt.

## Reichswirtschaftsrat für Währungsreform.

Auf der gemeinsamen Tagung des Finanzpolitischen und Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates wurde folgende von einem gemeinsamen Unterausschuss zur Währungsfrage ausgearbeitete Gutachten angenommen. Der Wirtschaftspolitische und Finanzpolitische Ausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates erklärt:

Der Zusammenbruch der Währung, wie er sich in den letzten Wochen vollzogen hat, bedroht Deutschland mit einer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Katastrophe. Schon der jetzige Tiefstand der Mark wird, wenn er länger anhält und im inneren Preisniveau voll zur Auswirkung kommt, verheerende Wirkungen für den Lebensstandard und selbst für die Existenzfähigkeit ganz großer Schichten hervorrufen, noch mehr, wenn die Entwertung der Mark sich ungehemmt fortsetzen sollte. Dieser Katastrophe mit allen Mitteln entgegenzuwirken, ist darum die Pflicht der verantwortlichen Reichsregierung. Voraussetzungen für eine dauernde Stabilisierung sind:

1. Eine Neuordnung der Reparationsverpflichtungen, die Deutschland von untragbaren Lasten befreit und ihm eine mehrjährige Atempause zur inneren Kräftigung gewährt. 2. Eine Sanierung des öffentlichen Haushalts: Die Geldentwertung hat, weil sie die Ausgaben viel schneller als die Einnahmen wachsen läßt, von neuem zu einer rapiden Vermehrung der schwebenden Schuld geführt. Es ist unbedingt geboten, schnelligst für den gesunkenen Geldwert entsprechende Mehreinnahmen, daneben für eine mögliche Ermäßigung der Ausgaben zu sorgen, insbesondere durch Sparmaßnahmen und der Vereinheitlichung in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen. 3. Eine Intensivierung und Rationalisierung der Produktion: Die Geldentwertung, die jeden Spartrieb vernichtet, hat bei der Arbeiterschaft den Willen zur Arbeitsintensivierung, bei den Unternehmern, die sich durch Scheingewinne vielfach über den tatsächlichen Niedergang täuschen läßt, den Trieb zur höchsten Qualitätsleistung und zur sorgsamsten Kalkulation gelähmt. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen erkennen, daß hier die Rückkehr zum Verantwortungsbewußtsein der Vorkriegszeit unbedingte Notwendigkeit ist.

## II.

Als Einleitung der erst später und nur unter diesen Voraussetzungen zu erreichenden Stabilisierung muß jetzt eine Regulierung des Marktes eintreten, die der künftigen Stabilisierung den Weg bahnt. Dazu ist erforderlich, daß der Wirtschaft für die nächste Zeit diejenigen Devisenbeträge zur Verfügung gestellt werden, die sie für den unmittelbaren, realen Bedarf nötig hat. Dabei ist die Mitwirkung der Reichsbank nicht zu entbehren. Voraussetzung für dieses Vorgehen ist die Zustimmung der Reparationskommission und die Erlangung einer auswärtigen Stabilisierungsanleihe.

## III.

Nur im Zusammenhange mit einem solchen Regierungsvorhaben können technische Maßnahmen einen Erfolg in Aussicht stellen, die darauf abzielen, der neben dem realen Devisenbedarf der Wirtschaft einhergehenden vermerkbaren Nachfrage nach Devisen entgegenzutreten. Die Neuorganisation des Devisenverkehrs, die Regelung des Devisenverkehrs mit dem Verbot von notkreditwirtschaftlich nicht unbedingt notwendigen Devisenkäufen und Devisenverwendungen.

Der Ausschuss empfiehlt ferner die Ausgabe eines wertbeständigen Anlagepapiers, das die natürlichen Bedürfnisse weitaus besser als die Erhaltung ihrer Vermögenssubstanz befriedigt, sie vom Kaufen von Devisen abhält und dadurch die normale Spartätigkeit wieder ermöglicht und anregt, ohne die der Wiederaufbau und die Stärkung der Produktion nicht gelöst werden kann. Es geht nicht weiter an, einem Teile des Volkes jede Sicherung seiner Kaufkraft und seiner Wirtschaftsgrundlage vorzuenthalten, wo die Erfahrung lehrt, daß man durch keine gesetzlichen Maßnahmen den Grobvertrieb hindern kann, die Goldberechnung für sich einzuführen. Die Sachschaine müssen entweder auf Gold basieren oder es müssen solche Steuern für die Forderung der Anleihe referiert werden, deren Ertrag sich selbstständig mit der Steigerung der Devisenkurse erhöht, und zwar möglichst solche Steuern, die auf Transaktionen einkommen, die mit Deviseneinnahmen von Handel und Industrie verbunden sind. Der Ausschuss hält es für erwägenswert, die Geldanleihe mit einer kursorientierten Kreditation für Industrie, Gewerbe, Handel und Landwirtschaft zu verbinden.

Für eine unfundierte Goldanleihe des Reiches würde der Ausschuss die Verantwortung ablehnen.

## Devisenkurse.

	3. November		2. November	
	Käufer (Geld) Kurs	Verkäufer (Brief) Kurs	Käufer (Geld) Kurs	Verkäufer (Brief) Kurs
1 holländischer Gulden	2408.90	2421.04	1025.17	1034.83
1 argentinischer Papier-Peso	2214.45	2225.51	1763.57	1774.43
1 belgischer Franc	899.—	401.—	319.20	320.80
1 norwegische Krone	1147.12	1152.88	892.76	897.24
1 dänische Krone	1238.90	1243.10	985.06	989.97
1 schwedische Krone	1035.00	1044.10	1021.68	1028.82
1 finnische Mark	167.08	167.92	125.68	126.32
1 japanischer Yen	2292.50	3007.50	—	—
1 italienische Lire	201.84	202.66	211.06	213.04
1 Pfund Sterling	27481.25	27588.75	21945.—	22055.—
1 Dollar	6159.58	6190.44	4925.15	4948.85
1 französischer Franc	428.92	431.06	344.18	345.87
1 brasilianischer Milreis	708.23	706.77	561.99	564.41
1 Schweizer Franc	1127.17	1132.88	902.79	907.27
1 spanischer Peseta	947.62	952.88	753.11	756.89
100 österr. Kronen (abget.)	7.98	8.02	6.23	6.27
1 tschechische Krone	109.50	200.50	157.60	158.40
1 ungarische Krone	2.42	2.44	2.07	2.09
1 bulgarischer Lewa	42.80	43.11	33.91	34.00

100 Polenmark galten im freien Verkehr etwa 40 M.

Der Reiz des Segelfluges. „Der Segelflug bereitet als Sport ein sehr viel größeres Vergnügen als das Fliegen in einem Motorflugzeug“, schreibt der Engländer Paul Bewher, der sich diesem neuesten von Deutschen begründeten Sport mit Leidenschaft zugewendet hat. „Wer wie ich in den letzten 14 Tagen die Reize des Segelfluges zum erstenmal auskosten hat, wird in ihrem Preise überrascht sein. Allgemein sagt man: „Da ist kein Lärm, kein Zittern, kein Getöse; es ist entzückend!“ In den höheren Luftströmungen zu segeln und sich mit immer wachsender Geschwindigkeit den Armen des Windes anzuvertrauen, bald niederzutauchen und sich dann wieder zu erheben, so in einer leichtesten wehgeflügeltsten Luststunde hoch über dem Boden schwebend — das ist ein neuer Genuss, wie ihn die Menschheit bisher noch nicht gekannt hat. Wenn man den Segelflug als „Nachfahren in der Luft“ beschreibt, so ist das ganz richtig. Segler lieben das Fliegen in ihrer Nacht, weil es ein Freizeitsport ist, der große Geschicklichkeit erfordert, der Seele und Sinne frisch und froh erhält. Der Segelflug verlangt noch größere Geschicklichkeit. Der Luftsegler muß alle Möglichkeiten, die ihm der Wind gibt, ausnützen, um sich in seiner Luststunde in der Höhe zu halten. Es ist sehr viel mehr Geschicklichkeit notwendig, um in einem motorlosen Flugzeug durch die Luft zu schweben, als nötig ist, um in einem Motorflugzeug zu fliegen, gerade so wie man mehr Übung haben muß, um mit einer Segelboot zu fahren als mit einem Motorboot. In einem solchen Segelflugzeug über eine Fläche dahinzuschweben, sich hebend und senkend, ist ökonomisch etwas einträglich, aber es ist eine wundervolle Empfindung, die man dabei hat.“

Der umgelaufte Kurfürstendamm. Solal an Solal. Diese an diese. Repp an Repp. Ausländer an Ausländer. Russen an Russen. Diese Konstellation läßt sich der Berliner Volkswitz, der in fröhlicher Zeit sich viel gesunde Räte bewahrt hat, nicht entgehen. Mit marxianer Sicherheit trifft er das Bezeichnende, das all den Elementen, die dem Berliner Kurfürstendamm eigen sind, gerecht wird. Er wird der Russen Invasion im westlichen Berlin ebenso gerecht wie dem Reppgetriebe am Kurfürstendamm, wenn er diese Sprache, den Stolz des westlichen Berlins, zeitgemäß umläßt. Und so heißt im Munde des Volkswitzes der Kurfürstendamm seit ein paar Tagen der „Reppsti Prospekt“. Der Witz liegt in derselben Entwicklungslinie, die uns bereits so deutlich russischen Zuständen angepaßt hat.

Das Neue Volkstheater bereitet eine Aufführung von Byron's „Sardanapal“ in einer auf der Kaiserlichen Uebereinstimmung beruhenden Fassung von Wilhelm von Schiller vor. Dieser führt auch „Die Sardanapal“ wird Karl Ludwig König spielen, die Königin Annemarie Soole.

Das Theater „Grand Guignol“ wird in den Räumen der Schillerstraße, Berlin, Schöneberg, Hauptstr. 144, Commendend mit einem Kapellier unter der Leitung Curt v. Wittenbergs eröffnet.

„Die Zeit wird kommen.“ Nomen in Hollands in Berlin noch nicht gebührend bekannt, gelangt am 17. im Central-Theater erstmalig zur Aufführung.

Das russische Ballett, das zuerst im Apollo-Theater auftritt, hat aus fast allen Hauptstädten Europas und aus Amerika Aufforderungen zu Gastspielen erhalten. Es wird aber zunächst noch in Berlin bleiben.



# Gewerkschaftsbewegung

## Verbandstag der Glaser.

### Anschluß an den Bauergewerksbund.

Der 15. und letzte Verbandstag der Glaser wurde am 30. und 31. Oktober im Volkshaus zu Leipzig, dem bisherigen Sitz des Verbandes, abgehalten. Die 4110 Mitglieder waren durch 30 Delegierte vertreten, der Bauergewerksbund durch die Genossen Paepow und Denthall-Hamburg und der ADGB durch die Genossen Graßmann. Der Verband weist einen Vermögensbestand von 545 000 M. auf.

Aus der sich an die Tätigkeitsberichte anschließenden Aussprache lag vor allem das Bedauern darüber heraus, daß ganze Mitgliedschaften zum Holzarbeiterverbande übergetreten seien. Von einigen Kommunisten wurde geltend gemacht, die „Glaserzeitung“ habe einseitig zugunsten der BSWD Stellung genommen.

Graßmann vom ADGB legte in eindringlicher Rede die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands dar. Bis zum nächsten Gewerkschaftskongress würde wahrscheinlich eine ganze Reihe kleiner Organisationen ihren Anschluß an große Verbände vollzogen haben. Die Methode, bei der Verschmelzung zu derjenigen Organisation zu gehen, die mit den höchsten Löhnen operiere, dürfe aber nicht Platz greifen.

Es wurde sodann einstimmig eine Resolution angenommen, in der ausgesprochen ist, daß der Verbandstag nach wie vor eine Regelung des Lehrlingswesens

auch innerhalb des Glasergewerbes für dringend notwendig hält.

Am zweiten Verhandlungstage hielt der Vorsitzende des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Genosse Paepow, ein eingehendes Referat über die Verschmelzungsfrage, worin er u. a. ausführte, daß man nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Erzeuger der Stoffe zusammenfassen wolle, besonders die Industrie der Steine und Erde. Die Töpfer hätten bereits ihren Anschluß an den Bauergewerksbund erklärt. Man hoffe auch bald die Moler, Steinarbeiter usw. in der Einheitsorganisation zu sehen. Ferner schilderte Paepow das Streben,

### Die Sozialisierung des Bauwesens

durch die Sozialen Bauhütten vorzubereiten. Er besprach dann das Statut und die Stellung der Fachgruppen im Bunde. Auch die Glaser würden einen Vertreter im Hauptvorstande erhalten. Die Fachgruppen blieben zur Vertretung ihrer besonderen Verhältnisse selbständig.

In der Debatte beantragte Seifert-Leipzig, daß der Bauarbeiterverband zum 1. Januar

### die ausgeschlossenen Kommunisten

wieder mit ihren alten Rechten aufnehmen. Dieser Antrag wurde mit 15 gegen 9 Stimmen angenommen (es hatten sich 10 Delegierte der Stimme enthalten). Die Stimmung der Delegierten war dafür, die örtlichen Unterstützungsfonds nicht in die Verbandskasse abzuführen. Darüber soll gegebenenfalls noch verhandelt werden.

Nach Durchberatung des Statuts wurde der Anschluß an den Bauergewerksbund einstimmig beschlossen. Die Verschmelzung erfolgt am 1. Januar 1923.

Zum Obmann der Fachgruppe wurde einstimmig der Verbandsvorsitzende des Glaserverbandes, Genosse Eichhorn, gewählt.

### Die Entscheidung im Ruhrbergbau.

Die Erklärung der Arbeiter im Ruhrbergbau darüber, ob sie den Schiedsspruch über ihre Lohnregelung ab 1. November annehmen oder ablehnen, muß bis zum 6. November, also bis Montag, dem Reichsarbeitsministerium abgegeben werden. Gleichzeitig sollen die Parteien ihre Stellungnahme zu der Empfehlung des Schiedsspruches mitteilen, eine Kollektivprämie für etwaige Mehrproduktion des Bezirkes einzuführen. Für jedes Kilogramm je Arbeitnehmer und Arbeitstag durchschnittliche Mehrproduktion des ganzen Bezirkes im November gegenüber September 1922 soll jeder Arbeitnehmer arbeitstägig je eine Mark Zulage erhalten.

Die Annahme des Schiedsspruches bedingt nicht die Zustimmung zu dieser Empfehlung. Der Schiedsspruch kann angenommen, seine Zustimmung aber verweigert werden. Zur Ablehnung des Kollektiv-Prämienwesens liegt jedoch u. E. zunächst kein Grund vor. Es kann ein Versuch damit gemacht werden. Würde er jedoch gegen eine starke Mehrheit unternommen, müßte er von vornherein bedeutungslos bleiben, da dann die Arbeit der einen im Sinne der Mehrförderung von den anderen sabotiert werden würde.

Wie die BS-Korrespondenz berichtet, werden die Funktionäre der Bergarbeiter am Sonntag in mehreren Revierkonferenzen zu dem Schiedsspruch Stellung nehmen und damit zugleich zu dem Prämienwesen. Wie die genannte Korrespondenz mitteilt, habe die linksradikale Seite eine sogenannte Reichslohnkonferenz projektiert, um gegen den Schiedsspruch Sturm zu laufen. Obwohl der hoffnungslose Marsch der Quertreiber Wasser auf die Mühle leitet, ist zu erwarten, daß die große Mehrheit der Bergarbeiter dem Schiedsspruch zustimmt. Allerdings wird sie auch zu neuen, durch die weitere Lebensmittelverknappung diktierten Forderungen Stellung nehmen müssen.

### Das Problem der Arbeitslosigkeit.

Die Internationale Arbeitskonferenz in Genf nahm am 1. November den Abschnitt 5 des von der Unterkommission vorgeschlagenen Textes des Artikels 393 des Versailler Vertrages über die Zusammenfassung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes an. Danach beträgt die Amtsdauer der Mitglieder des Verwaltungsrates drei Jahre. Hierauf trat die Konferenz in die Besprechung der bereits mitgeteilten Kommissionsanträge zur Arbeitslosenfrage ein. Zu Punkt 2 kam es zu einer langwierigen Auseinandersetzung, da der südafrikanische Regierungsoberster Smith den letzten Teil des Punktes 2 streichen wollte, in dem das Studium der Erzeugung, des Verbrauchs und seiner Schwankungen in den verschiedenen Kategorien der Güter gefordert wird.

Reichsminister a. D. W. Meißner nahm in längerer Rede gegen diesen Antrag Stellung und führte u. a. aus, daß diese Frage eine der wichtigsten sei, die die Konferenz zu erörtern habe, da sie das materielle Dasein für Millionen von Arbeitern berühre. Smith habe gefordert, daß sein Zusatzantrag nur redaktioneller Art sei. Dem könne er, Meißner, nicht zustimmen, sondern er glaube, daß der Zusatz eine wesentliche Veränderung der Resolution bedeute. Die ursprüngliche Resolution besage, daß das internationale Arbeitsamt

seine in der Sammlung von Informationen bestehende Aufgabe fortführen wolle, und daß insbesondere eine Erhebung anzustellen sei über die Schwankungen in der Erzeugung und im Verbrauch der verschiedenen Arten von Gütern. Diesen zweiten Wunsch Smith fortzulassen. Wenn man so verfähre und diese Worte fortlasse, würden die Arbeiter in der ganzen Welt denken, daß die wirtschaftlichen Grundlagen der Arbeitslosigkeit überhaupt nicht mehr in Betracht gezogen werden, und daß man die Resolutionen gegenstandslos machen wolle. Die Arbeitnehmer könnten aber der Tatsache nicht entrinnen, daß die Ursachen der Arbeitslosigkeit in den unglücklichen internationalen Wirtschaftsverhältnissen zu suchen seien. Die Wirtschaftsverhältnisse müßten daher studiert werden, wenn man den Ursachen der Arbeitslosigkeit an den Grund kommen wolle. Überall in der Welt sei die Kaufkraft von Millionen Menschen vermindert worden. Dies führe zu einer Störung der Produktion und diese wiederum bedeute Arbeitslosigkeit von Millionen von Arbeitern, die gerne arbeiten möchten. Die gesamte wirtschaftliche Weltlage sei voll von Vermirrung und Widersprüchen. In einem Erdteil würden Nahrungsmittel zu Feuerzwecken benutzt, weil man sie nicht verkaufen könne, während in einem anderen Teil der Welt Millionen von Menschen nicht nur hungerten, sondern buchstäblich Hungers starben. Dürfe das ohne Protest weiterhin geschehen? Wenn Sie nicht wünschen, daß die Arbeiterklasse das Vertrauen verliert, so schloß Meißner, wenn Sie nicht wünschen, daß die Arbeiter den Eindruck erhalten, wir hätten nur eine leere, inhaltslose Resolution beschlossen, so bitte ich Sie, diese Worte in dem Antrag nicht fortzulassen.

Der Antrag Smith wurde darauf abgelehnt. Für die Beibehaltung des ursprünglichen Textes der Resolution stimmten sämtliche Arbeitnehmervertreter und die überwiegende Mehrheit der Regierungsvertreter. Die Minderheit setzte sich fast ausschließlich aus der Arbeitgebergruppe zusammen.

### Spiegel in der Reichsbahn.

Man schreibt uns:

Der „Vormärts“, Abendausgabe vom 1. November d. J., veröffentlicht einen Geheimrat der Reichsbahndirektion Berlin, gezeichnet Wallbaum. Es wird nicht ohne Interesse sein, einmal festzustellen, wer denn Wallbaum ist.

Es war an dem demnächstigen Tage, als Kapp seine Herrschaft antrat. Als diese Nachricht in der Reichsbahndirektion eintraf, da war es der Oberbaurat Wallbaum, der in Freudenrufe ausbrach und Loblieder anstimmte. Wallbaum hielt seine Zeit für gekommen. Damit war es freilich nicht. Jene, welche Nachteile sind Herrn Wallbaum nicht entstanden. Rein Wunder, wenn man weiß, welcher Couleur die nächsten Vorgesetzten des Herrn Wallbaum angehören. Inzwischen ist aus dem Oberbaurat ein Abteilungsleiter geworden.

Die Betriebsräte sind diesem Kapp-Freud ein besonderer Dorn im Auge. Wie kann auch ein Betriebsrat sich erdreisten, Vorschläge zu machen, den Eisenbahnbetrieb wirtschaftlicher zu gestalten. So etwas paßt dem Rgl. Hauptmann nicht.

Diese und noch ähnliche Dinge sind dem Präsidenten der Reichsbahndirektion Berlin und dem betreffenden Deputierten im Reichsverkehrsministerium bekannt. Es ist schriftlich von den Vorgesetzten Wallbaums anerkannt, daß W. der Vorwurf unbedenklicher Handlungsweise gemacht werden muß. Trotz alledem oder vielmehr gerade deshalb sitzt Wallbaum noch auf dieser verantwortlichen Stelle. Das Mindeste, was geschehen hätte müssen, wäre gewesen, Wallbaum in das Eisenbahnzentralamt zu versetzen. Dort könnte er wenigstens nicht soviel Unheil anrichten und käme dort auch nicht so leicht mit den Bediensteten und ihren Vertretern in Berührung. Doch Deutschland ist groß und der Minister Brücker ist weit. Ob Ordnung die Macht hätte, wenn er wollte?

### Sabotage des Nachtarbeitverbot.

Der Bädermeister Ehrlich, Berlin, Oberberger Str. 22, scheint ein geschworener Feind des Nachtarbeitverbot zu sein. Diese Feindschaft bräut er aktiv zum Ausdruck, so daß er wiederholt wegen Verletzung des Nachtarbeitverbot vor Anklage gebracht werden mußte. Das hält ihn nicht davon ab, dem Gesetz auch weiterhin ein Schnippchen zu schlagen, seinen Kollegen unlautere Konkurrenz zu machen und seinen Leiding über Gebühr auszunutzen. Bei einer vor acht Tagen erfolgten Kontrolle ergab sich, daß Meister Ehrlich um 6 1/2 Uhr früh bereits in voller Tätigkeit war. Der Leiding wog den Teig in Pressen ab, so daß er samt dem Meister schon geraume Zeit zuvor die Arbeit aufgenommen haben mußte. In der Badstube wird ein Hund gehalten, offenbar zu dem Zweck, die Annäherung einer Kontrolle zu verhindern. Meister Ehrlich hatte schon vordem einem Organisationsvertreter gedroht, wenn noch einmal einer zur Kontrolle komme, schlage er ihm die Art ins Kreuz. Aus Gut darüber, daß man ihn jetzt wieder erwischt hat, warf er durch die Fensterhebe seiner Badstube nach der Kontrolle, die auf dem Hofe stand. Er kam dann heraus, doch als er merkte, daß er zwei Mann vor sich hatte, lief er zurück und schrie nach der Art. Die Kontrolleure, die ihren Zweck erreicht hatten, gingen weiter, begleitet von gemeinen Beschimpfungen des rabiaten Geistesverrückten. Die Staatsanwaltschaft muß sich jetzt mit der Anklage befassen.

Wer auch die Kundenschaft des Bädermeisters Ehrlich könnte dazu beitragen, ihn darüber zu belehren, daß auch er sich an das Gesetz in diesem Falle das Nachtarbeitverbot zu halten habe. Hat er soviel Arbeit, daß er sie in der dafür bestimmten Zeit nicht bewältigen kann, braucht er sich nur an den Arbeitsnachweis zu wenden. Arbeitslose Bädergehilfen gibt's genug. Doch so oder so, Herr Ehrlich muß sich an Ordnung gewöhnen.

### Betriebsratswahlen in der Finanzverwaltung.

Wegen der am 4. und 5. Dezember erfolgenden Bezirks- und Hauptbetriebsratswahlen für die Dienststellen der Reichsfinanzverwaltung, war am Mittwoch in den Berliner-Bezirk eine Versammlung aller Angestellten der in Groß-Berlin zum Reichsfinanzministerium gehörenden Dienststellen. Ziel vom Zentralverband der Angestellten berichtigte zunächst über die schwierigen und schleppenden Verhandlungen über den ab 1. Oktober neu abzuschließenden Tarifvertrag für die Angestellten bei den Reichs- und preussischen Staatsverwaltungen, sowie über die für den Monat Oktober getroffene Gehaltsregelung.

Eine Entschließung fand einstimmige Annahme, wonach die verarmten Angestellten der Finanzverwaltung erwarten, daß

1. bei den schwebenden Tarifverhandlungen die sozialen Bestimmungen hinsichtlich Mitwirkung der Betriebsräte und der Beibehaltung des Paritätischen Ausschusses unverrückbar in den Vordergrund gestellt werden;

2. für Oktober eine Erhöhung der Leuerungs- und Zulagen vorgenommen wird, die der tatsächlichen Verteuerung aller Gegenstände der Lebenshaltung entspricht und sobald als möglich ausgezahlt wird.

Die Angestellten erwarten von der Regierung, daß sie ihnen wenigstens das Existenzminimum gewährt.

Im Anschluß daran wurde auf die Wichtigkeit und Bedeutung der bevorstehenden Wahlen hingewiesen.

### Aus dem III. Bezirk des ADGB.

Vor einiger Zeit meldete die „Rote Fahne“ einen großen Sieg der Kommunisten in der Vertrauensmännerkonferenz des III. Bezirks des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Berlin. Dieser „Sieg“ war auf eine Weise zustande gekommen, die die Disziplinierung veranlaßte, die Wahl der Bezirksleitung und damit den „Sieg“ zu annullieren. Am 1. November hatten die Vertrauensleute des III. Bezirks erneut die Neuwahl der Bezirksleitung vorgenommen. Die Kommunisten machten großen Bärm darüber, daß die Disziplinierung ihnen den Sieg streiftig machte. Dem von dem Vertreter der Verwaltung, Kollegen Knaack, aufgestellten Grundgesetz zur Gewerkschaftsarbeit alle Mitglieder zugelassen werden müssen, unbeschadet ihrer Parteizugehörigkeit, setzten die sich in der Mehrheit fühlenden Kappisten den Standpunkt entgegen, mit Nichtkommunisten nicht zusammenzuarbeiten und forderten in ihrer Bescheidenheit die Wahl der einheitlichen Kapp-Liste. Die Mehrheit der Vertrauensleute beschloß jedoch, die Bezirksleitung nach dem Stärkeverhältnis der einzelnen Richtungen zusammenzusetzen.

Die Liste der Richtung Amsterdam erhielt 60 Stimmen, die Liste der KPD 45 Stimmen, so daß sich die Bezirksleitung nunmehr aus 7 Vertretern der Amsterdamer Richtung und 5 Vertretern der KPD zusammensetzt. Der Erfolg der Amsterdamer Richtung ist um so höher zu bemerten, weil der dritte Bezirk eine Hochburg der Kommunisten war. Als Bezirksleiter wurde der Kollege Max Ring (Bereinigte SPD.) bestätigt.

Hier ist wiederum bewiesen, daß es in allen Branchen und Bezirken möglich ist, kommunistische Mehrheiten nicht aufkommen zu lassen, wenn die Anhänger der Amsterdamer Richtung gehörig auf dem Posten ist. Daß unsere Genossen etwas mehr als bisher sich um die Dinge kümmern, ihre Pflicht erfüllen, anstatt den Kommunisten kampflös das Feld zu überlassen, ist für ersprießliche gewerkschaftliche Arbeit ein Gebot der Stunde.

### Ein Notschrei!

Man schreibt uns:

In den letzten Wochen und Monaten haben sämtliche deutsche Zeitungen ohne Ausnahme sich mit der Not der deutschen Presse eingehend befaßt. Der Not eines großen Bestandteiles der deutschen Presse ist aber bisher mit keinem einzigen Wort gedacht worden: das ist die Not der Lohn- und Gehaltsempfänger bei der Telegraphen-Union, Internationaler Nachrichtenendienst G. m. b. H. Hier wurden im Monat Oktober noch Gehälter gezahlt, die es den Angestellten nicht einmal ermbüßigen, sich Brot und Kartoffeln für den Lebensunterhalt zu kaufen. Zum Beweise führen wir die Gehälter an, wie sie in den Filialen Hagen und Essen im Oktober gezahlt wurden:

Es erhielten: die Filialleiter (verheiratet und ein Kind) 18 750 Mark, ein 32-jähriger Redakteur (verheiratet) 13 500 M., die ersten Stenographen 13 000 bis 14 000 M., ein 26-jähriger Telephonist 7500 M., 21-23-jährige Telephonistinnen 6000 M. Daß mit solchen „Niefensummen“ es völlig unmöglich ist, auch nur den nackten Lebensunterhalt zu fristen, wird jedem einleuchten.

Nun wird sich mancher Kenner der Verhältnisse im Zeitungs- und Telegraphenwesen fragen: wie kommt es, daß die Telegraphen-Union bei ihren großen Einnahmen aus den Geschäften mit Zeitungen und Banken und bei den Zuschüssen, die von interessierter Seite dem Bureau gewährt werden, solche minimalen Gehälter zahlt. Wer die innere Organisation der TU kennt, für den sind diese Zustände jedoch kein Geheimnis. Wenn die TU mit ihren Reisedirektoren Verträge abschließt und diesen eine fünfundsünfzigprozentige Provision von jedem Geschäftsabschluss mit einer Zeitung zugesetzt, so kann er sich an den fünf Fingern abzählen, daß, wenn der Reisende schon 25 Proz. des Verdienstes vorwegnimmt und von den verbleibenden 75 Proz. mindestens 40 bis 50 Proz. an allgemeinen Geschäftsunkosten, wie Materialverbrauch, Telefonspeisen usw. draufgehen, von den restlichen 25 bis 35 Proz. keine anständigen Gehälter gezahlt werden können.

Eine solche Gehaltspolitik muß letzten Endes zum physischen Zusammenbruch der unteren und mittleren Angestellten dieser Firma führen.

Im Baugewerbe des Saargebietes steht ein Streik bevor, da der Arbeitgeberverband die Forderung der noch in Mark entlohneter Arbeiter abgelehnt hat. Auch in der Industrie kriecht es bedenklich, da die Leuerung jede Lohn- und Gehaltsregelung überflüssig.

Verband der Kupferhämmer Deutschlands, Kollegen, die noch keinen Stimmzettel zur Wahlbestimmung über die Verschmelzung mit dem Deutschen Metallarbeiterverband haben, wollen sich diesen unter Vorzeigung des Mitgliedsbuchs im Bureau abholen. Die Wahlbestimmung wird am 11. November geschlossen.

Zentralverband der Glaser, Section der Hilfsarbeiter. Montag 7 Uhr Versammlung bei Lehmann. Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

Weiter bis Sonntag mittag. Zunächst müd und übermüdet kommt mit Regenfällen, später langsam aufwärmend und kälter.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Helmut Schill, Berlin; für Anzeigen: H. Gluck, Berlin. Verlag: Vormärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vormärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 8, Strich 1, Grunow.

### Bei Hautausschlag, Beinschäden (Kramstadern)

Ist San.-Rat Dr. Strahls Haussalbe

seit 100 Jahren ein mildes u. wirks. Mittel. — Orig.-Dose 85 u. 155 M.

Elefanten-Apotheke, Berlin SW

Leipziger Straße 74 am Dönhofsplatz. Fernsprecher: Zentrum 7192.

### Erstklassige Herrenbekleidung

Anzüge, Paletots, Schlüpfer, prima Stoffe

Vollwertiger Ersatz für Maß :: Zivile Preise

MAX FLUSS, Rosenthaler Straße 58





Lache, Bajazzo . . .

Ob unfreundlicher Regen vom Himmel rieselt oder kalter Herbstwind durch die Straßen Berlins weht, abends kann man auf einem freien Platz im Norden Berlins eine Polonaise bewundern. Das „Anstehen“, diese flehliche Erregung des Kreations, können sich die Menschen anscheinend nicht mehr abgewöhnen. Lieberoll wird noch angestanden, sogar an den Rotunden. In jenem Platz, auf dem früher die Rekruten in die Mysterien des Militarismus eingeweiht wurden, stehen Menschen nicht nach Afferzett, Zucker oder Milch an, sondern geduldig warten sie, um eine Eintrittskarte für den Zirkus lösen zu können, der dort seit Monaten sein Domizil aufgeschlagen hat. So ein Zirkus ist ein recht eigentümliches Ding. Er mutet an wie ein Fossil aus einer anderen längst vergangenen Zeit, das sich der „Jiniflation“ zum Trost in die schreckliche Gegenwart hinüber gerettet hat. Viele Menschen möchten den Zirkus nicht missen. Dort erfreuen sich die Unrenten genau an denselben Klaffen und Grotesken, an denen sich bereits ihre Urgroßeltern ergötzt haben. Es riecht kräftig nach Pferd. Die im Zirkus auftretenden Artisten, einen starken Schuß Zigeunerblut in ihren Adern, sie lieben ihr Handwerk und leben von ihm schlecht und recht . . . aber mehr schlecht.

In und hinter der Manege.

Bei allen seinen Vorstellungen hat dieser Zirkus ein volles Haus. Das Publikum rekrutiert sich aus in künstlerischer Hinsicht sehr anspruchslosen Kreisen. Gewöhnlich kommt die ganze Familie angezogen, um „warsbar und befallsfreudig das Gebotene entgegenzunehmen. Jedes Plätzchen, auch die Trampelloge, ist besetzt, wann ein schwindelhaftes Glöcklein durch sein Wellen den Beginn der Vorstellung anzeigt. Pferde sitzen im Kreise herum, machen gehorcht rechts und links herum kehrt, traben zu Paaren oder zu Dreien und verabschieden sich vom Publikum durch artiges Balanzieren auf den Hinterbeinen. Ihr Wirken für die Landwirtschaft wird durch lange Rechen gleichmäßig in den Manegegrund vermischt — vorbereitende Arbeit für eine künftige Laubentkolonie. Dann kommen die Clowns und zeigen ihre grotesken Künste. Das Publikum lacht und lacht immer wieder, selbst wenn es diese Späße zum zehnten Male sehen sollte. Artisten vollführen am schwingenden Trapez, vor Luftkur geschützt durch ein riesiges Fangnetz, ihre halsbrecherische Arbeit. Als neugieriger Mensch wirft man während der Pause einen Blick hinter die Kulissen. Zwischen den Wohnwagen befindet sich ein kleiner freier Platz. Vor Kälte stierend, in dünnen Filzkleidern oder fantaisischen Bild-West-Uniformen werden hier die Darsteller auf den Fortgang der Vorstellung. Alles baut durcheinander: Regier, Mischlinge, Greise, Kinder, junge Mädchen, reife Frauen und Männer, die man von der Hümbörse her kennt. Hinter der Schminke und dem Puder erkennt man unweigerlich in den Gesichtern Linien, die nur das Elend, der schwere Kampf um das tägliche Brot mit harten Griffeln zeichnen. Frühreife Burtschen machen zögliche Witze, taum erdübte junge Mädchen erzählen von Wanderungen auf den Seitenpfaden der Liebe. Nach kurzer Pause geht dann die Pantomime, teils über die Bretter, die die Welt bedeuten sollen, teils über den Sand der Manege. Das Schauspiel, das als „Schlager“ gepriesen wird, ist über Schund, übernommen aus den bekannten bunten Heften, die die Jugend vergiften und ihre Sinne erhitzen. Wird der Kampf gegen die Schundliteratur gerade in diesen Tagen deshalb geführt, daß in Jugendvorstellungen Schund plastisch den Jugendlichen und Kindern gezeigt werden soll? Da tritt zum Beispiel ein Kaiser auf, der zum Tode verurteilt ist und der, da bekanntlich alle Kaiser außerordentlich mutig sind und lieber sterben als fliehen, sich stolz „ab-füllen“ läßt. Genau so mutig und männlich handelt sich ein Adjutant; der anscheinend keine blaue Brille und keine Fahrkarte nach Schweden in seinem Besitz hatte. Das Mitwirken von Kindern beim Film wird bekanntlich streng überwacht. Ob das Mitwirken von unterernährten Kindern bei diesem Manegegeschäft nicht ebenso ver-dächtig ist, dürfte keine Frage sein. Schlaf wäre diesen bedauernswerten Kleinen dienlicher.

Die Kehrseite der Medaille.

In dieser Zeit der rasenden Geldentwertung, in der es der bestorganisierten Arbeiterschaft nicht gelingt, ihre Einnahmen dem Abbruch der Mark anzupassen, in dieser Zeit der größten Profite

haben wir wiederholt Stellung nehmen müssen gegenüber Arbeitgebern, die aus Profitgier heraus ihre Arbeiter in ganz besonderem Maße auszumnagen. Wiederholt schrieben wir auch über das Elend der Bühnen- und Filmkünstler. Was sich jedoch die Direktion dieses Zirkus bei der Bezahlung der Artisten leistet, dürfte schwerlich überboten werden.

Eine kurze Kostprobe. Wir geben nackte Zahlen, die für den Monat Oktober Geltung hatten. Die Ballettanzlerinnen beziehen z. B. eine Monatsgage von 3500 M., die Statistinnen erhalten pro Abend 40 M. Mit dem Aufstreuen allein haben sie diese horrenden Summen jedoch noch nicht verdient, denn an einigen Tagen der Woche müssen sie zur Probe erscheinen. Die Schauspielere und Sänger werden mit 9000 M. monatlich abgefunden. Der bisherige Clown, ein bekannter Künstler in seinem Fach, erhielt in den Monaten Juli und August je 4500 M., vom 1. September bis 3. Oktober erhielt er eine Monatsgage von 5500 M., und von diesem Zeitpunkt ab eine solche in der Höhe von 6500 M. Der vom Arzt krank geschriebene Clown wurde dann nach einer Auseinandersetzung fristlos auf die Straße gesetzt. Der kleine originale August, der den Berlinern aus dem Zirkus Busch bekannt sein dürfte, erhält das fürstliche Monatsgehalt von 3000 M. Sein Partner, ein Eliphanter erhält 1500 M. Die Zirkusarbeiter beziehen bei mehr als achtstündiger Arbeitszeit einen Tageslohn von 200 M. Sämtliche Artisten usw. müssen natürlich zu den Proben erscheinen, außerdem haben sie vor der Vorstellung dem Publikum die Plätze anzuweisen. So unerhört wie die Bezahlung der Artisten ist, genau so unerhört ist aber auch das Aussehen des Direktors, der sich durch kraße Unternehmerallüren auszeichnet. Er regiert sein Volk nach der Parole: „Wer nicht pariert, scheidet.“ Wer mehr Gehalt fordert, dem wird in schroffer Weise bedeutet, daß er gehen könne, wenn ihm die Bezahlung nicht passe. Und die Künstler und die Artisten dusen sich und hungern. Ein anderweiliges Unterkommen für sie ist sehr schwer und dazu kommt noch, daß sie mit ihrem Beruf fest verwachsen sind. Solidarität scheint das Zirkusvolk kaum zu kennen. Wie blutiger Hahn muß es aber wirken, daß diese Direktion, die die Artisten in so geschickter Weise ausbeutet, auf der anderen Seite namhafte Beiträge für die Jugendpflege einem Bezirksrat gestiftet haben soll. Sozialer wäre es, wenn die Direktion auch ihrer Angehörigen menschenwürdig bezahlte würde. Diese Art von Wohlwolligkeit, auf Kosten hungernder, ausgebeuteter Menschen ausgeübt, verdient schärfste Kritik und Ablehnung.

Jeden Abend wird der bunte Füllter bewundert, werden die Leistungen leistungsfähig aufgenommen und die Clownsplätze besetzt. Jeden Abend bereiten die Darsteller lächelnd die Manege, aber hinter dem Bächeln grinst das furchbarste Elend. Mit Hunger in den Därmen „arbeiten“ die Artisten und mit Hunger in den Därmen werden sie ihr elendes Nachtlager aufsuchen. Die Tragödie, die sich hinter all dem Firtelanz verbirgt, ist größer als sich manche der Besucher träumen läßt. Der kleine August, der einst bessere Tage gesehen haben mag, unterhält das Publikum mit seinen Späßen, und ruht sich dann aus für die Arbeit am nächsten Tage, nicht in einem Bett, sondern in einem Koffer, dessen Boden mit einer Handvoll Stroh bedeckt ist. Nun ja, er erhält ja monatlich 3000 M., er muß Späße machen, dafür wird er ja schließlich bezahlt. Sollte ihm auch das Herz bluten, oder er eines Tages wie einer seiner Kollegen vor Hunger in der Manege zusammenbrechen und dem Erdengigant Vales sagen, bis dahin verlangen Direktion und Publikum: „Lache, o lache Bajazzo! . . .“

Bürgerliche Steuermoral.

Duend- und aber duendmal hat die bürgerliche Presse und haben die Wortführer der bürgerlichen Parteien im Wahlkampf und nach ihrem siegreichen Einzug in das Reiche Haus kategorisch verlangt, daß mit der städtischen Finanzwirtschaft rücksichtslos gedrohen werden müsse. „Keine Ausgabe ohne Deckung“, unter dieser Parole sollten die Finanzen der Stadt gesunden. Tatsächlich sind auch alle Tarferhöhungen bei den städtischen Werken jederzeit prompt

auf Kosten der minderbemittelten Bevölkerung erfolgt, so daß die städtischen Werke sich nicht nur selber erhalten, sondern Hunderte von Millionen für die allgemeine Kammereizung abmerken. Wenn trotzdem der Finanzbedarf der Stadt ständig steigt, so liegt das an der allgemeinen finanziellen und wirtschaftlichen Entwicklung, gegen die ein sozialistischer Magistrat genau so machtlos ist, wie ein deutschnationaler oder sonst bürgerlicher Berliner Magistrat. Wenn die bürgerlichen Parteien ihre Parole „Keine Ausgabe ohne Deckung“ nicht nur als demagogische Redens-art gebrauchen, sondern sie ernst meinen, dann würden sie auch ihrerseits alles tun, um der Stadt die Herstellung eines finanziellen Gleichgewichts zu ermöglichen. Wie notwendig die Bewilligung der von den bürgerlichen Parteien standabwendig wieder in einem Ausschuß begrabenen Gewerbesteuer ist, beweist die Ueberflut, die das Nachrichtenamt der Stadt über den Mehrbedarf für das zweite Halbjahr des Etatsjahres 1922 gibt.

Der Mehrbedarf beträgt nur für den Kammereizungshaushalt, also ohne die Werke, an Gehältern, Ruhegehältern und Hinterbliebenenbezüge 2380 Millionen, an Vergütungen 1245 Millionen, an Abzügen 2115 Millionen, an städtischen Ausgaben 4250 Millionen und an neuen Wohlfahrtsausgaben 208 Millionen, das sind im ganzen 11 207 Millionen. Die Ausgaben verringern sich durch Kohlenersparnis infolge der Winterferien in den Schulen um 60 Millionen, durch Einstellung besonnenerer Bauten um 50 Millionen, durch verschiedene sonstige Minderausgaben um 20 Millionen, durch Vereinfachung des Bureauwesens um 100 Millionen, zusammen um 230 Millionen. Es verbleibt eine Mehrausgabe von 10 977 Millionen. Hiergegen werden Mehreinnahmen erwartet: Aus dem Reichseinkommensteueranteil 2875 Millionen, aus der von den Stadtverordneten zunächst abgelehnten Erhöhung der Gewerbesteuer 1185 Millionen, aus der Betriebssteuer 4 Millionen, aus der beschlossenen Grundsteuererhöhung 133 Millionen, aus der Kopfsteuer 300 Millionen, aus sonstigen indirekten Gemeindefeuern 504 Millionen, aus Gebühren 250 Millionen, aus den Ueberschüssen der Gaswerke 80 Millionen, der Elektrizitätswerke 128 Millionen, der Wasserwerke 10 Millionen, der Güter 40 Millionen, aus den Überschüssen und Zuschüssen des Reichs und des Staates für die Beamtenbesoldung und für die Anstellungsvergütungen 2921 Millionen, zusammen 8430 Millionen. Hiernach verbleibt zunächst ein Fehlbetrag von 2547 Millionen, dessen Deckung der Stadt aus eigener Kraft und bei der jetzigen Steuerverteilung nicht möglich ist.

Zu einem großen Teil geht sich der ungeheure Mehrbedarf aus Positionen zusammen, denen gegenüber der Magistrat vollkommen machtlos ist. Während die Zahl der Hilfskräfte in der Kammereizverwaltung genau wie die Zahl der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben im laufenden Jahre um Tausende vermindert worden ist, besteht keine Möglichkeit, Beamte zu entlassen, solange das bestehende Beamtentum die Unfindbarkeit enthält. Da die bürgerlichen Parteien auf diesen Punkt des Beamtentums aber besonders großes Gewicht legen, so wäre es ihre Aufgabe, dann auch für die Kosten aufzukommen, die sich für die Gemeinden daraus ergeben.

Vor neuen Straßenbahntarifen?

Zu der Meldung, daß sich die städtische Verkehrsdeputation bereits in der kommenden Woche mit einer abermaligen Erhöhung des Straßenbahntarifs beschäftigen wird, erfahren wir, daß die fortwährende Geldentwertung und die damit verbundene Ausweitung der Motorrollen, Strom und Abzinsung die baldige Einführung des 30-Mark-Tarifs notwendig machen wird, da ein selbst noch so kurzes Preisverhältnis eines 25-Mark-Tarifs den gegenwärtigen Verhältnissen nicht entsprechen und die finanzielle Lage der Straßenbahn sehr nach ver-gewahren würde. Nur vom rechtlichen Standpunkt aus betrachtet, würde die augenblickliche Tarifentwertung bereits einen 50-Mark-Tarif rechtfertigen, da die mittlere Tarifentwertung gegenüber den Friedenspreisen bei der Straßenbahn bereits das Fünfhundertfache über-schritten hat. — Hochbahn und Omnibusgesellschaft dürften dem Vorgehen der Straßenbahn ebenfalls mit weiteren Tarifserhöhungen Folge leisten.

Der Stellvertreter im Gefängnis.

Das Schwurgericht des Sondergerichts III hatte sich mit einer Anklage zu beschäftigen, die eines komischen Beispiels nicht ent-behrt. Es handelte sich um einen Vorfall, der schon häufig Komödientstoff abgegeben hat.

Der Schneidermeister Gienat war vom Schöffengericht wegen Unterschlagung zu einem Monat Gefängnis verurteilt

Die Welt ohne Sünde.

Der Roman einer Minute von Vicki Baum.

„Aus dem Werk.“ „Daher also. Ja, Sie kennen das Werk, Sie haben es ja aufgeschrieben. Und — Linde — glauben Sie auch an das Werk — sagen Sie mir das, Linde — glauben Sie an die Welt ohne Sünde?“

„Ach bin ja dumm —“ sagte die Linde. „Ich verstehe wenig davon. Weil Sie es sagen, glaube ich daran.“ Ihre Finger zuckten ein wenig dabei, denn dies war nun ein Ge-ständnis, aber er hörte es nicht. „Ja. Ich glaube daran,“ sagte sie fester.

„Können Sie im Dunkeln schreiben, Linde? Wir müssen es heute fertig schreiben. Wenn wir zugrunde gehen, dann muß das Werk bleiben. Oder ist es möglich, daß es nicht so lange lebt wie das Gedicht? Ist das möglich, Linde? Könnte das ganze Werk, alle Gedanken und Gelehe umkommen und diese sechs Zeilen von den Wipfeln und der Ruhe übrig bleiben? Denke es aus: Sie erschließen mich und die Freunde, verbrennen das Werk, vernichten den Gedanken. Aber das Kind lassen sie leben, sie werden ja keine Kinder töten. Linde, das werden sie nicht. Und einmal, wenn er groß ist, mein Junge und durch die Wälder geht, die es dann wieder geben wird, da fällt es ihm ein, das Lied, das ihm jemand sang, an den er sich nicht erinnern kann, in einer Nacht, die er ver-gessen hat; und dann lebt es wieder. Sing es noch einmal, Linde, das von der Ruhe.“

Er legte sich wieder hin auf die kleine Kinderhand und schloß die Augen; er war unsäglich, unsäglich müde und hatte noch Großes vor. Die Linde nahm wieder die Laute; aber im gleichen Augenblick geschah etwas, das sonderbar und erschreckend war. Es kam ein Laut durch die Decke vom Saal herunter, ein langgezogener Laut von schneidender, gemöhnlicher und fast grauenvoller Lautstärke; ein Schreien, Strren, Pfeifen. Singen — unbegreiflich in der Stille der Stunde. Das Kind wachte auf.

„Was ist — das?“ fragte Anselmus.

„Sie haben ein Grammophon eben,“ flüsterte die Linde.

„Sie? Wer?“ rief Anselmus und preßte die Hand an die Schäfte, so gespenstisch quälte ihn dieser Laut einer Angst zerfallenen Welt.

„Sie haben ein Fest,“ sagte die Linde noch leiser und sentle den Kopf auf den Lautenhals.

„Ein Fest!“ schrie Anselmus. „Ein Fest! In dieser Nacht? Heute ein Fest! Isabell! Isabell!“

Er warf die Arme hoch, riß sich empor und taumelte über die Treppe.

Das Kind erwachte, es drehte seine weißen Augäpfel im Krampf nach der Seite, der kleine Mund begann zu zucken. Die Linde nahm seine Hände und löste still und mit Kraft die verkrampften Finger und dann legte sie sich mit ihrer ganzen Wärme über das kleine magere Körperchen, ihre Lippen an seine, ihre Brust an seine, ihr Herz an seines. Das Grammophon spielte einen Marsch. . .

\*

Was Anselmus sah, wie eine unglaubliche Vision des Hungerfißers sah, als er die Tür des kleinen Saales auf-riß, war dies:

Der Saal war erleuchtet. Die ganze Stadt starb, ertraut in Finsternis, aber der Saal war hell erleuchtet. Es brannten in diesen leeren Flaschen Azetolensflammen, Licht von einer blauen und schneidenden Schärfe, in die unmehrlichlich schwarze Schatten gerissen waren. Die Köpfe, Gesichter, Menschen waren ganz aus diesem schneidenden Blauweiß und unwahrscheinlichem Schwarz geschnitten. Sie lagerten um einen Tisch, der mit weißem Papier bedeckt war. Auf dem Papier standen Flaschen, Gläser, Schüsseln, Teller. Die Schüsseln und Teller waren gefüllt.

Die Schüsseln und Teller waren gefüllt. In der Luft schwamm Zigarrenrauch — gab es denn Zigarren? — auf einer Aiste tobte das Grammophon. Die Menschen um den Tisch hatten Totengesichter, wie alle in der Stadt, Männer und Frauen waren schwer zu unterscheiden in ihren farblosen Kitteln, Hosen, Stiefeln; sie waren alle heraufstie sie schrien, lachten, tobten wie das Grammophon. Sie hatten gegessen. Die Fenster waren mit sonderbaren Tischen und Decken verhängt. Am Ende des Tisches sah ein Mensch unheimlichen Alters und sahte ganz hoch, wie ge-klüßelt. Es war nicht eigentlich ein Mensch, wie all die andern wimmeln und unheimlichen Wesen; es war ein Herr. Er trug keinen Kittel, sondern einen Anzug aus hellem Stoff, einen Anzug, nach der Mode irgendeines Jahres geschnitten, er trug neue braune Lederschuhe, er trug Seidenstrümpfe. Das Azetolenslicht riß alle Einzelheiten ins Helle. Dieser Herr, diese ganz und gar fieberhafte Erscheinung war Bernward, Anselmus Freund und Widersacher. Hinter ihm stand Isabell.

Isabell war schön. Sie war Frau zwischen diesen Ver-wischten, in einem Maß, das den Atem benahm. Sie hatte lockiges Haar und ihre fein und glatt gerundeten Nasenflügel zuckten in einer ganz besonderen Lebendigkeit. Sie hatte nackte Schultern, außerordentlich nackte und zarte Schultern, jeder Finger an ihrer Hand sah nackt aus; sie trug nicht die Einheitskleidung, sie hatte ein brennend blaues Stück Samt, irgend einen Vorhang oder etwas Ähnliches unter den Armen durchgezogen und mit einem Zipfel über die Schulter gesteckt, nach Art der spanischen Tänzerinnen. Sogar Schmutz trug sie, irgendein unerklärliches und glühendes Ding aus Glas und Blech, das den Vorhang zusammenhielt. Sie hatte eine Kette aus weißen Bohnen um den Hals und im Haar ein blumen-haftes Ding aus blauem Dütenpapier. Sie lachte, aber sie schien nicht berauscht. Dies war Isabell.

„Guten Abend, Anselm!“ rief sie mit ihrer klingenden Stimme über den Lärm weg; „du bist eingeladen! Wir haben es herrlich!“ Sie hatte wunderbar geschwungene Mundwinkel und ihre Lippen waren rot; sie war die einzige, die noch Blut in den Lippen hatte. Anselmus starzte sie an, er spürte Raserei und Schwäche zugleich in sich und wieder begann seine Kehle dies leere und krampfhaftes Schlucken.

„Was — ist hier los?“ fragte er mit einem Laut, der in der Mitte entzwei-brach. Bernward hob ein Glas und rief: „Dein Wohl, Väterchen, allerherzlichst dein Wohl. Du siehst hier die Armee der Befehlenden, sozusagen und gewissermaßen zwar nur, aber immerhin! Du siehst hier eine solenne Abendunterhaltung mit Musik und Tanz im Stil von achtzehn-zwanzig. Man betrachte mein durchaus stilles Kostüm, die Tracht dieser Zeiten gemissermaßen. Man beachte Details wie meine Strümpfe! Man bemerke die Königin des Festes in ihrer unvergleichlichen Robe! Man freße, laule, rouche und tre sonstiges in dieser Nacht des Heils! Mit einem Wort: Man sehe hoch!“

Er fürzte das Glas um, daß Flüssigkeit in keine auf-gewirrenen Wunden fließt, Wein oder Saffee. Anselmus Neble Kitzlerle. Isabell war schon neben ihm mit ihrer Haut un-ihren Wärme und hielt ihm etwas an den Mund. Er trant: „Gibt du Hunger?“ fragte sie vergnügt.

Dann löschte er nur; sie stopfte ihm etwas Sonderbares in den Mund, etwas, das süß war und schmolz und nach Kindheit schmeckte. Er runzelte die Brauen. Schoßade — dachte er. Mit einemmal wurde er ganz hart und straff. „Wo habt Ihr das alles her?“ fragte er heiser.

(Fortsetzung folgt.)











